



Protokoll 13

über die Verhandlungen des

G r o s s e n G e m e i n d e r a t e s v o n Z u g

Dienstag, 7. Dezember 1999, 14.00 - 18.00 Uhr, im Kantonsratssaal

Vorsitz

Ratspräsident Rainer Hager

Protokoll

Frau Ruth Schorno

Namensaufruf

Für die Sitzung entschuldigt haben sich die Gemeinderäte Urs Aschwanden und Philipp Andermatt; die übrigen 38 Ratsmitglieder sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsident Rainer Hager eröffnet pünktlich die letzte Ratssitzung dieses Jahrtausends und begrüsst speziell die Zuger Medienvertreter sowie vereinzelte Gäste.

E i n g ä n g e

Motionen

Motion der FDP, CVP- und SVP-Fraktion zur (Wieder)-Aufnahme der Projektierungsarbeiten für ein Parkhaus Guggi oder Postplatz

Mit Datum vom 23. November 1999 haben Cornelia Stocker-Meier namens der FDP-Fraktion, Peter Kündig namens der CVP-Fraktion und Hans-Beat Uttinger namens der SVP-Fraktion folgende Motion eingereicht:

"Der Stadtrat wird beauftragt, die Projektierungsarbeiten eines Parkhauses unter der Guggiwiese oder unter dem Postplatz (wieder) aufzunehmen - eventuell unter Beteiligung interessierter Privater - und das Projekt zusammen mit der Neugestaltung des Postplatzes und allfälligen Verkehrsregime-Änderungen in die laufenden städtischen Verkehrsplanungen zu integrieren. Der Grosse Gemeinderat ist im Gleichschritt mit den Entwicklungen zu informieren. Gleichzeitig mit den Verkehrsplanungen, spätestens aber bis Ende Juni 2000, ist dem Grossen Gemeinderat Bericht und Antrag vorzulegen.

Begründung:

Die Forderung nach einem Parkhaus unter der Guggiwiese resp. In diesem Bereich ist keineswegs neu. Im Zusammenhang mit der Motion "Neugestaltung des Postplatzes" von Peter Kamm vom 8. November 1994 und verschiedenen Diskussionen zur Änderung des Verkehrsregimes in der Innenstadt wurde von Gewerbe und Anstössern immer wieder der Wunsch geäussert, der Stadtrat solle die im Fonds "Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung" vorhandenen Mittel nun endlich für die Realisierung eines Parkhauses Guggi/Postplatz zur Verfügung stellen. Zusätzlich wurde in den Arbeitstagungen der Planungsstudie Stadtverkehr die Errichtung eines Parkhauses Guggi mehrmals angeregt, teilweise im Zusammenhang mit der Planung eines sogenannten "Minitunnels". Sowohl die Umgestaltung des Postplatzes wie auch die Errichtung eines Parkhauses ist im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik der Stadt Zug zu sehen. Nach unserer Auffassung ist der Zeitpunkt gekommen, im Gleichschritt mit der Verkehrspolitik der Stadt Zug den Plätzen Zugs ein freundlicheres Gesicht zu geben und dem südlichen Teil der Stadt Zug, insbesondere der Altstadt, wieder mehr Attraktivität zu verleihen.

Nicht nur verkehrstechnische und ästhetische Aspekte sprechen für die Realisierung eines weiteren Parkhauses, sondern auch folgende Tatsachen:

- Die Auslastung des Casino-Parkhauses kann als sehr gut bezeichnet werden. Für Dauerparkplätze besteht eine Warteliste. Es kommt immer häufiger vor, dass das Casino-Parkhaus nicht nur bei Grossveranstaltungen, sondern auch an gewöhnlichen Nachmittagen besetzt ist. Dadurch entsteht vermehrter Suchverkehr.
- Der Parkplatz Frauensteinmatt ist ein Provisorium.
- Im Fonds "Spezialfinanzierung öffentlicher Verkehr/Parkplatzbewirtschaftung" liegen derzeit rund Fr. 6,5 Mio. bereit."

Ratspräsident Rainer Hager teilt mit, dass diese Motion auf die Traktandenliste des GGR gesetzt wird, sobald dazu Bericht und Antrag des Stadtrates vorliegt.

Motion der FDP-Fraktion zur Reduktion oder Abschaffung der Wasserwerk-Konzessionsgebühren

Mit Datum vom 3. Dezember 1999 hat Cornelia Stocker namens der FDP-Fraktion folgende Motion eingereicht:

"Der Stadtrat wird beauftragt, ab dem Jahr 2001 die Erhebung der WWZ-Konzessionsgebühren zu reduzieren oder darauf zu verzichten.

Begründung:

Artikel 11 des Konzessionsvertrages vom 29. September 1998 zwischen der Wasserwerke Zug AG und der Einwohnergemeinde Zug sieht vor, dass die Gemeinde die Konzessionsgebühren reduzieren bzw. auf deren Erhebung verzichten kann. Gleichzeitig ist aber auch stipuliert, dass die WWZ als Inkassobeauftragte solche Reduktionen an die Kunden weitergeben und als Konzessionsrabatt auf den Rechnungen ausweisen muss.

Bekanntlich steht es den Grossabnehmern von Energie im Zuge der Liberalisierung in naher Zukunft frei, wo sie den Strom beziehen. Kleinere und mittlere Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe können von solchen "Monopolsabschaffungen" erst ab dem Jahr 2007 profitieren.

Ferner kann davon ausgegangen werden, dass die Konzessionsgebühren bei einer weiteren Liberalisierung des Energiemarktes kraft übergeordneten Rechts ohnehin in näherer Zukunft obsolet werden. Mit der vorzeitigen freiwilligen Eliminierung dieser Einnahme kann der Stadtrat signalisieren, dass er gewillt ist, breite Wirtschaftsförderung zu betreiben, die nicht nur den grossen, nicht minder geschätzten Unternehmen, sondern auch jedem Klein- und Mittelbetrieb und noch mehr - sämtlichen Stadtzuger Privathaushaltungen - zugute kommt. Für einen Vier-Personen-Haushalt durchschnittlicher Grösse würde mit dem Wegfall der

Konzessionsgebühren eine direkte jährliche Einsparung von ca. Fr. 90.-- resultieren."

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass diese Motion auf die Traktandenliste des GGR gesetzt wird, sobald Bericht und Antrag des Stadtrates vorliegt.

Interpellationen

Interpellation Cornelia Stocker und Ulrich Straub namens der FDP-Fraktion, Peter Kündig namens der CVP-Fraktion und Hans-Beat Uttinger namens der SVP-Fraktion betreffend stadträtliche Kommissionen

Mit Datum vom 22. November 1999 haben Cornelia Stocker und Ulrich Straub namens der FDP-Fraktion, Peter Kündig namens der CVP-Fraktion und Hans-Beat Uttinger namens der SVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

"Bei kantonalen Kommissionen erachtet es der Regierungsrat gemäss Schreiben vom 2. Juli 1996 an die Parteien als selbstverständlich, dass die Parteienstärke gebührend berücksichtigt wird und dies, obwohl den Parteien kein förmliches Vorschlagsrecht zusteht. Der Regierungsrat hat in seinem Schreiben versichert, dass er insbesondere bei Erneuerungswahlen "die Parteien möglichst frühzeitig kontaktieren will".

In der Stadt Zug mussten wir nach den Wahlen feststellen, dass die politische Zusammensetzung der stadträtlichen Kommissionen nur bedingt eine Korrelation mit den vom Volk gewählten Behörden ergibt. Zudem stellen wir fest, dass keine einheitliche Handhabung zu bestehen scheint. In der Umweltkommission sind beispielsweise einfach alle Parteien vertreten, die Zusammensetzung der Schulkommission basiert auf einem speziellen Stadtratsbeschluss, für andere Kommissionen gilt nochmals ein anderer Schlüssel. Dies erweckt den Eindruck der Intransparenz. Wir sind der Ansicht, dass für die politischen Verantwortungsträger und auch gegenüber dem Souverän mehr Transparenz geschaffen werden muss, welche Kommissionen der Stadtrat als seine beratenden Gremien bestellt hat und aufgrund welchen Schlüsseln oder Kriterien sie zusammengesetzt sind. Die sogenannte angemessene politische Vertretung möchten wir aber nach einem klaren Schlüssel geregelt wissen. Der GGR-Proporz dürfte einer ausgewogenen Vertretung am besten gerecht werden. Wir wollen keine Ernennungen nach Gutdünken, sondern transparente und offen gelegte Strukturen. Als Konsequenz daraus müssten bei allfälligen politischen Verschiebungen jeweils entsprechende Korrekturen vorgenommen werden.

Wir bitten den Stadtrat demnach um Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es nebst den im Verwaltungsbericht aufgeführten Gremien weitere Kommissionen oder politisch zusammengesetzte Arbeitsgruppen?
2. In welchen Beschlüssen oder Reglementen sind die jeweiligen "Bestellungsschlüssel" geregelt?
3. Ist der Stadtrat bereit, inskünftig im Verwaltungsbericht die Parteizugehörigkeit oder die Fachbezeichnung anzugeben?
4. Ist der Stadtrat bereit, ein allgemein verbindliches Reglement für die Bestellung der stadträtlichen Kommissionen zu errichten?

Wir danken dem Stadtrat im Voraus für die Beantwortung unserer Fragen."

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der Stadtrat diese Interpellation an der ersten Sitzung im neuen Jahrtausend beantworten wird.

Ratspräsident Rainer Hager beantragt namens des Radios DRS, Regionaljournal Innerschweiz, während der heutigen Sitzung Tonaufnahmen machen zu dürfen.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist. Somit erklärt sich der GGR stillschweigend damit einverstanden, dass das Radio DRS, Regionaljournal Innerschweiz, anlässlich der heutigen Sitzung Tonaufnahmen durchführen kann.

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls vom 9. November 1999
2. Interpellation Urs B. Wyss betr. mehr Sicherheit für unsere Jugendlichen, insbesondere deren Schutz vor Jugendbanden
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1520
3. Finanzplan 2000 - 2004
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1518
4. Voranschlag 2000
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1504
5. Parkplatzreglement
Bestellung einer Spezialkommission
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1519

6. Sammelvorlage: Abschreibung von weiteren parlamentarischen Vorstössen
Bericht und Antrag des Büros des GGR Nr. 1522
7. Beantwortung allfälliger Interpellationen

V e r h a n d l u n g e n

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls vom 9. November 1999

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR die vorliegende Traktandenliste stillschweigend genehmigt hat.

Protokoll Nr. 11 vom 9. November 1999:

Seite 350: Urs B. Wyss wünscht folgende Ergänzung seines Votums: "...Einen vielleicht nicht erbetenen, trotzdem aber ernst gemeinten Rat an die Adresse der Verantwortlichen des Kunsthauses. Leihgaben an und Austausch mit US-amerikanischen Museen sind angesichts der grenzenlosen Habgier gewisser Organisationen, effektiv passierter Präzedenzfälle gegenüber Wiener Kunstmuseen und der degenerierenden Dollarjustiz in Amerika zu unterlassen oder nur bei vertraglicher Absicherung (zweistellige Millionenbeträge als Konventionalstrafe) einzugehen....."

Seite 358 ist vor der Detailberatung folgendes einzufügen:

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Seite 375: Das letzte Votum von Traktandum 10 wurde von Stadtrat Hans Christen (und nicht Stadtrat Eusebius Spescha) abgegeben.

Weitere Berichtigungen erfolgen nicht.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR das Protokoll Nr. 11 der Sitzung vom 9. November 1999 inkl. der vorerwähnten Berichtigungen genehmigt hat.

2. Interpellation Urs B. Wyss betr. mehr Sicherheit für unsere Jugendlichen, insbesondere deren Schutz vor Jugendbanden
-

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1520

Der Wortlaut dieser Interpellation befindet sich auf S. 247 f. des Protokolls Nr. 8 vom 24. August 1999.

Urs B. Wyss: "Die Antwort ist etwas ambivalent, einerseits werden die Zahlen heruntergespielt, andererseits wird bei einzelnen Teilbereichen durchaus ernsthaft auf die Problematik eingegangen. Nicht die Zahl der eingegangenen Anzeigen ist das Kriterium für eine Beurteilung dieses Phänomens, sondern eben gerade die Dunkelziffer. Und wenn dazu gesagt wird, dass es keine Anzeichen gebe, dass eine grosse Dunkelziffer vorhanden sei, dann ist das nun doch etwas blauäugig. Eine weitere Feststellung, nämlich dass keine Zunahme der Fremdenfeindlichkeit festgestellt werden konnte, trifft - und dies ist zutiefst zu bedauern - leider bei weitem nicht zu. Mit dem Herunterspielen der Problematik bewältigen wir dieselbe nicht. Vielmehr ist diese neue Form der Jugendgewalt zu thematisieren und zu diskutieren: Nur so können wir einer Lösung näher kommen. Zu unterscheiden ist ja wohl einmal zwischen Jugendlichen zwischen 16 und 20, sodann Jugendliche der Oberstufe, und schliesslich auch Jugendliche der Unterstufe, denn auch diese letztgenannte Alterskategorie ist bereits angefallen. Je nach Alterskategorie drängen sich wohl unterschiedliche Strategien auf, auch in der Zusammenarbeit von Eltern, Lehrerschaft und Polizei. - Und eventuell auch der Einbezug von Ausländervereinen, wie ihn die Stellungnahme der CVP zur Integrationspolitik unserer Stadt vorgeschlagen hat.

Ein Aufruf an die betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern: Geht zur Polizei, meldet Gewaltübergriffe, nehmt die damit verbundenen Unannehmlichkeiten auf Euch. So - und nur so - leistet Ihr Euren Beitrag bei der Bekämpfung eines Problems, das andernfalls nur zu leicht spiralenartig zunehmen und ausufern könnte. Wenn Sie, meine Dame und Herren Stadträte, mir bei diesem Aufruf an die Öffentlichkeit zustimmen, bin ich hier und heute zufrieden. Ich werde das Problem aber weiter verfolgen.

Ich beantrage Diskussion."

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist. Der GGR hat die Diskussion stillschweigend genehmigt.

Elsbeth Müller: "Die Interpellation hat ein höchst interessantes Bild des Verständnisses von, ich nenne es Jugendgewalt, skizziert. Die Fragen zielen versteckt auf eine Gruppe von Jugendlichen, die Randgruppen angehören - Kinder alleinerziehender Eltern, Kinder im Asylbereich, sprich Ausländerkinder, Kinder aus sozial schwachen Familien. Die Antwort darauf lässt aufhorchen. Grund der Auseinandersetzungen im Vorfeld der Interpellation war Alkohol und Unvernunft, beteiligt waren vorab Schweizer Kids.

Jugendgewalt ist ein Thema - nicht nur in Zug, sondern landesweit und bedarf der differenzierten Diskussion. Die SP begrüsst die Interpellation, denn sie ist Ausdruck der zunehmenden Verunsicherung, was Kind, Jugendliche und Gewalt angeht. Sie bedarf aber ebenso einer kritischen Sicht, wenn es um die Antworten des Stadtrates geht.

Gemäss Aussage des Stadtrates ist Alkohol der Auslöser und bedingt dadurch wahrscheinlich, Unvernunft. Muss ich davon ausgehen, dass Zug ein Alkoholproblem an seinen Schulen hat? Wenn ja - dies wäre prekär; wenn nein, dann sind die Jugendlichen im Schnitt zur Schweizerischen Jugend vorbildhaft - schön - oder weiss man es nicht so genau, weil man nicht hinsieht, die Probleme nicht angehen kann, keine Strategien zur Verfügung stehen! Dies wäre nicht nur prekär, sondern schlimm.

Der Stadtrat erwähnt, dass keine Zunahme von Jugendgewalt, wie sie der Interpellant beschreibt, zu verzeichnen sei, dass die Polizei die Szene im Griff habe, dank guten Kontakten zur Szene - natürlich präventiv gesehen - und zur Lehrerschaft, dass die Polizei permanent beobachtet, dass der neue Jugendbeauftragte, einen haben wir bereits im Schulhaus Loreto, die Zusammenarbeit mit Polizei und Opfer im Sinne des Brücken schlagens, suchen soll, dass viele Straftaten aufgeklärt wurden, insbesondere die Sprayereien - diese wurden nebenbei bemerkt vom Interpellanten gar nicht nachgefragt - nun weiss ich nicht, ob dies wo möglich die einzigen waren, die aufgeklärt wurden. Kurz und bündig gesagt: Friede, Freude, Eierkuchen.

Dass dies wohl kaum sein mag und die zunehmende Verunsicherung mehr als nur eine kurzlebige Sache ist, mag bestätigen, dass Gewalt von Kindern und Jugendlichen an Gleichaltrigen die Schulkommission seit Jahren beschäftigt. Und es würde der Stadt Zug gut anstehen, die Schwierigkeiten, die an den Stadtschulen bestehen, offen zu diskutieren und nach sinnvollen Massnahmen zu suchen. Sinnvoll wie es bereits als Präventionsmassnahme im Schulhaus Guthirt eingesetzt wurde, wenn auch sehr spät. Denn die Situation der Jugendgewalt macht vor den Toren der Stadt Zug nicht Halt.

Ich erlaube mir, auf den Bericht zur Situation der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz hinzuweisen, der vor zwei Wochen der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Zu Jugendgewalt wird bemerkt: Der Stadt-Land-Vergleich zeigt auf, dass Jugendliche aus mittelgrossen Städten (10'000 - 50'000 Einwohner) die höchste Gewaltdelinquenz aufweisen. Und dies immerhin mit 40 % der begangenen Gewalttaten. Grund: die räumliche Strukturierung des Zusammenlebens sowie die Vergnügens- und Zentrumsfunktion, welche Stadtzentren zum Ausdruck bringen. Verdeutlicht wird das Thema durch die ersten Ergebnisse der Nationalfond-Studie "Gewalt an Schulen". Die vorliegenden Resultate weisen klar darauf hin, dass in grossen Schulhäusern Gewalt häufiger vorkommt, dass, wo Schüler/-innen die Möglichkeit erhalten, am Schulleben zu partizipieren, sich das Gewaltverhalten der Jugendlichen reduziert, dass dort, wo verschiedene Schulstufen vertikal im selben Schulhaus unterrichtet werden, der Grad an faktischer Gewalt zunimmt.

Und dann kann nachgelesen werden, dass Jugendgewalt nicht direkt mit dem sozio-ökonomischen Status der Herkunftsfamilie zusammenhängt, dass Kinder aus unvollständigen Familien nicht mehr Gewalt ausüben als andere, sondern dass es sich vielmehr um persönlichkeitspezifische Merkmale handelt, die Kinder und Jugendliche zu Gewalt führen: Tiefe Toleranzschwellen, extrovertierte Persönlichkeiten, die den Wunsch nach Stimulation deutlich zeigen, ein inkohärentes Selbstbild, der Drang nach Provokation, nach Nervenkitzel und Action und unauffälliges Verhalten in der Schule.

Das Wissen um diese Erkenntnisse würde wohl die Antwort des Stadtrates etwas anders korrigieren. Denn, was in Zug fehlt, ist eine genaue Untersuchung der Situation der Jugendgewalt, eine Beobachtung, die mit Daten von Opfern systematisch verglichen würden, eine gezielte Datenerhebung, die es dem Stadtrat ermöglicht, breite Massnahmen zu ergreifen; Massnahmen notabene, die nicht ausschliesslich an Lehrpersonen, Polizisten und Jugendbeauftragten delegiert werden, sondern die sich auch in der Diskussion um die Stadtplanung, um die Schulplanung, die ergänzenden Dienstleistungen für Familien und Jugendlichen aber auch um die Kinder und Jugendpartizipation reflektieren. Jugendgewalt kann nicht delegiert werden an jene, die täglich mit Jugendlichen und Kindern zu tun haben, sie ist eine Verantwortung aller, insbesondere auch der Entscheidungsträger, die die Bedingungen in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, massgeblich beeinflussen und bestimmen. Nehmen wir also die Herausforderung an und schummeln wir uns nicht um die Probleme der Jugendgewalt und des Alkohols an unseren Schulen."

Alice Landtwing: "Ich habe einigen Jugendlichen den Bericht und Antrag des Stadtrates vorgelegt mit der Frage, was sagt ihr dazu.

Antwort: Naiv, Opfer werden zum Täter gemacht, Jugend"Gangs" oder Banden wie in Grossstädten gibt es in Zug zum Glück noch nicht. Gruppierungen entstehen innerhalb von Minuten, eine erhöhte Bereitschaft, sofort dreinzuschlagen, besteht. Sie würden es begrüessen, bei schönen Sommerabenden vermehrte Polizeipräsenz am See, Jugendliche brauchen keinen Jugendbeauftragten, sie wollen ernst genommen werden und nicht betreut oder gar bemuttert, sie wollen sich auf

öffentlichem Grund frei bewegen können. Mir wurden verschiedene Vorfälle aus dem Sommer 1998 erzählt, der vergangene Sommer scheint ruhiger verlaufen zu sein.

Es stimmt, dass Jugendliche und deren Eltern mehr oder weniger die Faust im Sack machen und nur bei gravierenden Fällen bei der Polizei Anzeige erstatten. Wegen einer Platzwunde oder Diebstahl einer Jacke, Mütze usw. will man nicht die ganze Bürokratie in Gang setzen, und man hat offensichtlich Angst vor Repressalien. Wenn sogar Leserbriefe zu diesem Thema anonym geschrieben werden, dann muss etwas dran sein. Wenn diese Problematik nur durch vermehrte Anzeigen wahrgenommen wird, dann rufe ich hiermit alle Eltern und Jugendlichen auf, bei der Polizei vorstellig zu werden oder eben Anzeige zu erstatten.

In einem anonymen Leserbrief stand: - als mein Kollege zusammengeschlagen wurde, war der Landsgemeindeplatz voller Leute und alle haben weggeschaut -. Das ist das, was mich erschreckt, die Gleichgültigkeit der Mitmenschen. Niemand mehr fühlt sich verantwortlich, dem Nächsten zu helfen, das ist ein Teil der neuen Armut. Ich wünsche mir vermehrt Menschen mit Zivilcourage - nicht alles an die Polizei delegieren - die sich bei solchen Vorfällen einmischen und schlichten oder im extremen Fall halt die Polizei rufen. Gewisse Jugendliche kennen nur diese Sprache. Wenn wir uns über eine verschmutzte Rössliwiese aufregen - zurecht meine ich - so können wir uns doch auch für unsere Jugendlichen einsetzen.

Wir müssen aufhören, das Problem immer einer nächsten Stelle zuzuschieben. Wir Eltern müssen unsere Erziehungsverantwortung wahrnehmen. Kinder brauchen Grenzen. Schon kleinen Kindern kann beigebracht werden, dass bei Konflikten Gewalt jeglicher Art der falsche Weg ist. Wenn fremde Kleidungsstücke zu Hause herumliegen, muss nachgefragt werden, woher die stammen. Neuzuzügern aus andern Ländern müssen unsere Bräuche und Sitten klar aufgezeigt werden. Auch in den Schulen dürfen Gewaltanwendungen, Vandalismus, Bedrohungen und Beschimpfungen nicht toleriert werden. Nur so kann eine Gesellschaft einigermassen friedlich funktionieren."

Xaver Ruckli: "Es widerspricht eigentlich meinem Grundsatz, die Idee eines Interpellanten als Grundlage für ein eigenes politisches Votum zu missbrauchen. Jedoch die Interpellation von Urs B. Wyss hat mich angeregt, die Thematik etwas auszuweiten. Ich bedaure, dass Herr Gemeinderat Wyss seine Interpellation für mehr Sicherheit oder Schutz leider nur "für oder von Jugendliche" betitelt hat. Was bereits im jugendlichen Alter und an den Schulen an Gewalt und Angst verbreitet wird, endigt nicht mit dem Schulabgang der Übeltäter, sondern bekräftigt ihre Vorgehensweise durch die Passivität und Unsicherheit der Mitmenschen. Es liegt mir fern, dieses Thema "Jugendgewalt" hier dramatisieren zu wollen, aber zur Antwort des Stadtpräsidenten auf Frage 1 muss ich aus eigener Erfahrung einige Worte verlieren: Es mag zutreffen, dass die Hemmschwelle "zur Polizei zu gehen" in unserer Gesellschaft existiert. Eher wahrscheinlich erachte ich die Tatsache, dass auf eine Anzeige verzichtet wird aus Angst vor Repressalien. Als ich vor ein paar Monaten auf dem Polizeiposten einen Antrag gegen einen der Polizei gut bekannten Mann wegen Tätlichkeit stellen wollte, hat mir der Polizist ganz freund-

lich geraten, mir diesen Schritt nochmals zu überlegen, weil er mir und meiner Frau oder Familie den Schutz vor eventuellen Repressalien oder Racheakten nicht bieten könne. Also habe ich Angsthase auf die Unterzeichnung des Strafantrages verzichtet und somit den Übeltäter motiviert, seine brutale Agressivität weiterhin an nichtsahnenden unbetroffenen Mitmenschen abzureagieren. Wieso soll er den nicht, wenn sich niemand getraut, ihn zu verzeigen, passiert ihm ja sowieso nichts, und weil er ungestraft davon kommt, getraut niemand, ihn zu verzeigen. Die Problematik, die zur Lösung dieser unglücklichen Situation beitragen könnte, liegt meines Erachtens darin, dass wir auf unserer politischen Stufe keinen direkten Einfluss haben. Es mag zutreffen, dass einzelne Richter sehr milde urteilen, aber die Gesetze werden in Bern gemacht. Die Anweisungen zur milden Bestrafung und zum humanen Strafvollzug (solange es sich nicht um einen motorisierten Verkehrsteilnehmer handelt) stammen ebenfalls aus dieser Küche. Eine Verbesserung dieser Augenzudrückerei können nur unsere Kantons- und Parteivertreter in Bern erzwingen. Motivieren wir sie, sich dafür einzusetzen, dass die Anwendung von Gewalt, Tätlichkeiten und dgl. so bestraft wird, dass sich jeder vor einer weiteren Attacke hütet. Eine härtere Gangart würde sicher auch von den Gesetzesvertretern begrüsst, so dass sie uns nicht mehr vor der Unterzeichnung eines Strafantrages warnen müssten."

Patrick Cotti: "Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten. Das tönt provokativ, ist es auch. Wo Gewalt entsteht, ist massiver Druck vorhanden. Und Druck entsteht nicht einfach so.

Ich fühle mich bei der Behandlung des Themas um zwanzig Jahre zurückversetzt, und zwar nicht deshalb, weil ich damals jugendlicher war als heute, sondern weil damals die Themen Jugendkultur und Ausgrenzung der Jugendlichen oft im Zentrum standen. Denken wir an das AJZ, die Streitigkeiten um Jugendkultur in Zürich. Denken wir an die Bildung des heutigen Industrie 45, das Jugendzentrum an der Stadtgrenze.

Das Chaotikum am See hat sich heute ebenso etabliert wie das "Industrie 45", nur finden sich dort nicht alle Jugendlichen ein, genauso wenig wie damals. Der Druck von Familie, Gesellschaft und Wirtschaft sowohl auf die Schule als auch auf die Jugendlichen besteht nach wie vor, ich wage fast zu behaupten, hat sich deutlich verstärkt. Dass Gewalt unter Jugendlichen nicht nur ein Problem unter den Jugendlichen ist zeigt die vorliegende Interpellation. Die Frage nach polizeilicher Eindämmung von Gewalt ist eine berechtigte Frage; sie beinhaltet jedoch nicht die notwendige Auswirkung auf die Wurzeln des zu behandelnden Symptoms "Gewalt".

Es wäre vermessen, zu behaupten, es bestünde keine Gewalt unter Jugendlichen. Vielleicht heute deutlicher spürbar als vor zehn Jahren. Die zum Teil enorme Hoffnungslosigkeit bei der Stellensuche, bei der damit verbundenen Sinnsuche auch, der oftmals schulschwächere Jugendliche, vielleicht auch oftmals Jugendliche ausländischer Herkunft, gegenüber stehen, darf uns angesichts des Problems der Bandenbildung nicht dafür blind werden lassen, auch die Hintergründe dafür erkennen zu wollen.

Um diesem Druck nicht ausgeliefert zu sein, braucht es vor allem einmal Raum, handfest physischen und auch geistigen Raum.

Die Planung von neuem Schulraum für die Stadtschulen liegt dem Gemeinderat mit Bericht und Antrag vor. Wieder einmal rückt die Schule in den Brennpunkt des öffentlichen Auges; es braucht für die definitive Sekundarschulstufe mehr Raum, zwei Oberstufen-Zentren sind absolut nötig. Es braucht aber auch mehr geistigen Raum, und wer denkt, hier müsse vor allem in der Schule etwas passieren, liegt falsch, denn die Schulen passen ihre Konzepte schon fast laufend an.

Ich glaube, dass die heutige Jugend nicht wie damals vordergründig gegen die Auswirkungen des Konsums auftritt. Vielmehr denke ich, dass angesichts von Arbeitslosigkeit, Arbeiterelend bei Familien, wo beide Elternteile arbeiten müssen oder müssten, um zu überleben, aber auch dass ganz allgemein auf der Befindlichkeit des Fremdseins und nicht Akzeptiert-Seins die Ausformung junger Gewalt zu verstehen ist. Heute hilft die Bildung von weiteren Jugendzentren nicht mehr weiter, weil es im Grunde nur vordergründig um die Jugend geht. Übergreifende Konzepte sind gefragt.

Ich hoffe sehr, speziell auch nach den vorangegangenen Voten, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit der lokalen Agenda 21 endlich beginnt. Ein erster Schritt wäre nach meiner Meinung längst fällig: Die Stadtverwaltung soll mit der in Rio verabschiedeten Idee der Agenda 21 an die Öffentlichkeit treten und Vorarbeit leisten, um den Anfang von notwendigen komplexen Prozessen und Erkenntnissen zu ermöglichen.

Die Frage der Gewalt unter Jugendlichen scheint mir wohl ein Problem unter Jugendlichen und für uns zu sein. Vielmehr ist sie aber ein Symptom eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Problems auf dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit, working poor und verfahrenere Ausländerpolitik."

Monika Mathers: "Eigentlich hatte ich vor, mich zu diesem Thema nicht zu äussern, da mich die Antwort des Stadtrates befriedigt hat. Wenn ich aber meinen Vorredern zuhöre, habe ich den Eindruck, dass sich Zug im Kriegszustand, im Jugendkrieg befindet.

Es hat schon immer eine gewisse Jugendgewalt gegeben. Sie wurden Nachtbuben, Halbstarke oder Skinheads genannt. Gerade diese Woche hat mir ein pensionierter Treuhänder voller Stolz erzählt, wie er als Junge zusammen mit seinem Bruder Schlagringe gegossen habe. Dies ist heute ein sehr angepasster Bewohner von Zug. Meine Kinder sind junge Erwachsene und gehen immer in Zug in den Ausgang. Ich habe mit ihnen und mit ihren Kollegen gesprochen. Niemand hat in den letzten Jahren Probleme mit Jugendlichen oder Jugendbanden gehabt.

Behalten wir doch unser Augenmass. Die Antwort des Stadtrates ist ausgewogen und befriedigt mich."

Stadtrat Hans Christen: "Gestatten Sie, dass ich zur Interpellationsbeantwortung und zu den Voten noch weiter Stellung nehme. Es geht mir vor allem darum, Ihnen eine wichtige Differenz aufzuzeigen. Es besteht nämlich eine erhebliche Differenz darin, wie sich eine Straftat für die Polizei darstellt und wie sie von Betroffenen oder Dritten wahrgenommen wird.

Für die Polizei können und dürfen nur die Fakten zählen. Sie muss bei der Tatbestandsaufnahme zu gesicherten Erkenntnissen gelangen. Drittpersonen dagegen kennen oft nur einen Teil einer möglichen strafbaren Handlung - das genügt jedoch für eine negative subjektive Wahrnehmung. Die gesicherten Erkenntnisse der Polizei und die Wahrnehmung von Betroffenen und Dritten unterscheiden sich daher zwangsläufig in Qualität und Quantität.

Wenn die Polizei einen Tatbestand abklären muss, bedingt dies meistens, dass die Betroffenen detailliert befragt oder gar mit den Straftätern konfrontiert werden. Die Betroffenen dagegen wollen zwar, dass die Polizei "etwas macht", sie selbst möchten aber nicht als Geschädigte oder Zeugen auftreten. Wiederum resultiert ein Mangel an gesicherten Erkenntnissen. Unklarheiten sind oft Quellen von Ängsten. Tatsache ist aber, dass Straftäter, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden, sich in ihrem unrechten Tun bestärkt fühlen. Sie müssen also zur Rechenschaft gezogen werden. Die Erfahrung zeigt, dass dann genau diejenigen Schwäche zeigen, die nur stark gegen Schwächere sind.

Wie lassen sich die beschriebenen Differenzen überbrücken? Falls jemand ungesicherte oder ungenügende Kenntnisse von einer strafbaren Handlung, insbesondere gegen Jugendliche hat, soll er mit der Polizei das weitere Vorgehen besprechen. In einem solchen Gespräch kann die Polizei auch die meines Erachtens unbegründeten Ängste vor Repressalien abbauen. Allerdings wird die Polizei in den meisten Fällen auf eine Zusammenarbeit mit den Betroffenen oder Zeugen angewiesen sein.

Ein wirksames Mittel, um dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung entsprechen zu können, ist die Präsenz der Polizei. Polizeipräsenz ist jedoch vor allem nachts personell sehr aufwendig. Die Stadtpolizei hat jeweils 5 - 7 Personen im Nachtdienst, das ist für ein derart kleines Korps sehr viel. Oft ist diese Belegschaft aber vollständig absorbiert mit Verkehrsunfällen und anderen Ereignissen. Wollte man nun den Nachtdienstbestand lediglich um zwei Personen erhöhen, bedingte dies wegen des 24-Stundenbetriebes 6 zusätzliche Stelleneinheiten.

Bei der Gestaltung der neuen Form der Zusammenarbeit zwischen der Kantons- und Stadtpolizei ist es mir deshalb ein Anliegen, die hohe Polizeipräsenz in der Stadt Zug weiterhin sicherzustellen. Vor allem ist ein Polizeiposten in der Stadt, der Tag und Nacht geöffnet ist, von zentraler Bedeutung. Die Polizei kommt so in die Nähe der Bürgerinnen und Bürger. Polizisten, die in der Nähe sind, kennt man. So entsteht Vertrauen - ein Vertrauen, das notwendig ist, damit die Differenzen zwischen Polizei, Betroffenen und Dritten möglichst klein bleiben. Zweifellos hat die heutige Diskussion dazu beigetragen."

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass die **Interpellation Urs B. Wyss betr. mehr Sicherheit für unsere Jugendlichen, insbesondere deren Schutz vor Jugendbanden beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftsliste gestrichen werden kann.**

3. Finanzplan 2000-2004

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1518

Eintreten

Marc Siegwart, Präsident GPK. "Ich erlaube mir namens der GPK vorab auf meinen ausführlichen Bericht zum Finanzplan 2000 - 2004 der Stadt Zug zu verweisen. Ergänzend bzw. erklärend möchte ich festhalten, dass betreffend die im Bericht erwähnte und meines Erachtens auch eindrücklich belegte allgemeine Ungenauigkeit von Finanzplänen niemandem ein Vorwurf gemacht werden soll. Es handelt sich dabei ganz einfach um eine Feststellung, die uns indessen bei unseren Entscheiden auch ab und zu nützlich sein kann.

Nochmals sei erwähnt, dass die ab dem Jahre 2002 beabsichtigte Konsolidierungsphase bei den Investitionsausgaben von der GPK ausdrücklich begrüsst wird. Ebenso begrüssen bzw. unterstützen wir die vom Stadtrat in seinem Bericht erwähnte Absicht, der Entwicklung des Aufwandes der laufenden Rechnung in Zukunft vermehrt Beachtung zu schenken, und ich bitte Sie alle, den Stadtrat in der Umsetzung dieser Absicht in Zukunft laufend zu unterstützen bzw. ihn - nötigenfalls - auch wieder daran zu erinnern. Die Voranschläge werden nämlich vom Stadtrat in einem durchdachten Prozedere ausgearbeitet und von uns - wie die Vergangenheit gezeigt hat - stets praktisch ohne wesentliche Änderungen (und somit mit sämtlichen verwaltungsseits budgetierten Ausgaben) genehmigt!

Der GGR und der Stadtrat können nur gemeinsam das Ziel erreichen, den Finanzhaushalt der Stadt Zug im Lot zu behalten."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: "Ich darf Sie grundsätzlich auf Bericht und Antrag des Stadtrates verweisen, erlaube mir aber kurz, zu einigen Punkten Stellung zu nehmen. Die Vorlage hält bereits im zweiten Abschnitt fest, ich zitiere: Wie in den Vorjahren enthält der Finanzplan 2000 - 2004 alle zum heutigen Zeitpunkt bekannten Investitionsprojekte, ohne Gewichtung und Prioritäten. Zu beachten ist

jedoch der hohe Anteil an bewilligten Investitionen (welche seit vorletztem Sonntag noch um 12,5 Mio. zugenommen haben) und der damit eingeschränkte Spielraum für eine flexible Finanzpolitik. Nach den sehr hohen Investitionsausgaben in den ersten drei Jahren (1999 - 2001) soll ab dem Jahre 2002 eine Konsolidierungsphase eingeleitet werden.

Dazu ist zu sagen, dass wir bei den Investitionen inskünftig wieder Prioritäten festlegen werden, um den Finanzplan wieder zu einem aktuellen Finanzführungsinstrument werden zu lassen.

Zu den Nettoinvestitionen von:

1999	44,10 Mio)	
2000	etwas mehr als 45,20 Mio)	= fast 45 - 40 Mio pro Jahr
2001	48,25 Mio)	
2002	knapp 26,00 Mio		
2003	29,10 Mio		

ist zu sagen, dass insbesondere unter Berücksichtigung der möglichen Eigenfinanzierungsanteile eine klar erkennbare Prioritäteneinführung unumgänglich sein wird.

Es muss - auch unter Berücksichtigung aller kommenden Steuerdiskussionen (nicht nur der heutigen) - wohl eines klar festgehalten werden.:

Der Stadtrat hat in den letzten Jahren - wohl nicht ganz ohne Erfolg - eine stabilitätsorientierte Finanz- und Investitionspolitik mit entsprechend hohen Qualitätsansprüchen verfolgt. Das bis Ende 1994 angelaufene Fremdkapital konnte in der letzten Legislaturperiode beträchtlich reduziert werden. Zusätzlich konnte und kann die Stadt Zug wohlgerüstet in die Hochinvestitionsjahre 1999 und 2000 steigen. Der Stadtrat wird weiterhin einem ausgewogenen Verhältnis von Eigen- und Fremdfinanzierung das Wort reden und die Politik einer hohen Finanzstabilität nicht verlassen.

Weitere Ausführungen werde ich - so nötig - während der nachfolgenden Diskussion machen. Ich danke Ihnen."

Cornelia Stocker: "Die FDP-Fraktion kann grundsätzlich zustimmend vom vorliegenden 5-Jahres-Finanzplan Kenntnis nehmen.

Beruhigt sind wir über die stadträtliche Aussage, dass auch für ihn ein Steuerfuss von 75 % die oberste Grenze darstellt, vielmehr noch: Er hat seine prognostizierten Entwicklungen auf einer Basis von 73 % angestellt. Sobald die laufende Steuergesetzes-Revision abgeschlossen ist, sind für den Stadtrat exaktere Budgetierungen der mutmasslichen Steuereinnahmen möglich. Im Gleichschritt erwarten wir dann eine Prioritätenfestsetzung bei den Investitionen und Projekten, damit der Finanzplan den Charakter eines echten Steuerungs- und Führungsinstru-

ments erhält und nicht weiter das Inventar pender Projekte oder ein allgemeiner Wunschkatalog ist.

Wir sind mit dem Stadtrat und der GPK einig, dass im Investitionsbereich nach den Nachholjahren die Konsolidierungsphase einzuleiten ist, wobei Infrastrukturprojekte nach ihren Kostenfolgen sowie Dringlichkeit und Nützlichkeit zu unterscheiden sind.

Explizite Prüfung der Prioritäten und kostenbewusstes Handeln, das fordert die FDP von sich selbst, vom Stadtrat, dem gesamten Parlament und nicht zuletzt auch von der Verwaltung. Das Beispiel Seeufer zeigt, dass auch eine einst als richtig und sinnvoll eingestufte Investition durchaus einer Neubeurteilung unterzogen werden kann.

Erlauben Sie uns eine Anmerkung zu zwei Positionen:

Erstens die städtische Pensionskasse: Wir sind froh, wenn der Stadtrat, wie er schon seit längerem angekündigt hat, in Sachen PK-Sanierung endlich eine Lösung anstrebt und erwarten die Vorlage baldmöglichst.

Zweitens Wohnüberbauung Roost: 1997 war sie im Finanzplan drin, 1998 nicht, dafür jetzt wieder. Die FDP fährt in ihrer Meinung keinen Slalomkurs. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass eine Realisierung der beabsichtigten Wohnungsüberbauung mit einer privaten Trägerschaft in Betracht gezogen werden sollte."

Peter Kündig: Der Finanzplan wird geprägt durch das eindrückliche Investitionsprogramm. Dies wird Auswirkungen auf den Finanzhaushalt der Stadt haben. Der Stadtrat hat dies aber selbstverständlich erkannt und stellt in Aussicht, dass auch der Entwicklung des Aufwandes der laufenden Rechnung vermehrt Beachtung geschenkt werde. Die CVP ist deshalb zuversichtlich, dass der Stadtrat negative Entwicklungen zu verhindern weiss.

Im Übrigen vertritt unsere Fraktion die Auffassung, dass der Stadtrat im Bereich der Investitionen sehr gute Arbeit geleistet hat. Das Ergebnis des Jahres 1999 ist, auch unter Berücksichtigung des Umstandes, dass ein Nachholbedarf bestand, eindrücklich. Unsere Fraktion ist der Ansicht, dass auf diese Art und Weise weiter zu investieren ist. Die weiteren aufgelisteten Investitionen werden den finanziellen Rahmen der Stadt Zug nicht sprengen. Künftige Kreditvorlagen müssen jedoch auf Dringlichkeit und wirtschaftliche Aspekte geprüft werden. Dies führt der Stadtrat in der Vorlage aus, und dies gilt selbstverständlich insbesondere auch für den GGR.

Die prognostizierte Entwicklung des Sachaufwandes und der Personalkosten bleibt nach wie vor unerfreulich. Wir verweisen diesbezüglich auf das stadträtliche Zitat, der Entwicklung des Aufwandes in der laufenden Rechnung vermehrt Rechnung zu tragen, ein Vorhaben, das auch im Bereich des Personal- und Sachaufwandes nachhaltig Wirkung haben könnte."

Hans-Beat Uttinger: "Endlich sind sie da, die Investitionen. Leider bewahrheitet sich eine alte Lehre: der Staat ist zu träge, um sich antizyklisch zu verhalten. Der 94-er-Stadtrat hat richtig gehandelt mit der Redimensionierung Seeufer, aber zu träge mit den Sportanlagen und dem Schulhaus Riedmatt. Da die Steuereingänge gestaffelt (März juristische, August private) eingehen, möchten wir dem Stadtrat nochmals empfehlen, höchstens die Hälfte der Darlehen aufzunehmen und den Rest über das Kontokorrent, um die Plussaldie zu vermeiden. Im Übrigen verweisen wir auf den wiederum hervorragend abgefassten Bericht unseres GPK-Präsidenten. Da wir davon ausgehen, dass alle hier im Ratssaal des Lesens kundig sind, verzichtet unsere Fraktion, aus demselben zu zitieren oder ihn gar wörtlich herunter zu lesen. Dieselbe Bemerkung gilt auch für Traktandum 4."

Martin Stuber zeigt je eine Folie zur Entwicklung der Nettoinvestitionen der Stadt Zug von 1995 bis 2004 sowie eine Folie über die Plandaten aus vier Finanzplänen von 1995 bis 2004 auf.

"Damit ist wohl ein für alle Male geklärt, woher die grossen Überschüsse stammen, die in den letzten Jahren erreicht wurden. Die Investitionsrechnung liegt bedeutend unter den ursprünglich geplanten Investitionen. Für 1997 geplante Investitionen wurden immer wieder verschoben.

Das Investitionsverhalten der Stadt Zug ist in keiner Art und Weise antizyklisch, sondern zyklisch. Die Investitionspolitik der Stadt Zug hat somit auch nicht mitgeholfen, die schwierige wirtschaftliche Situation zu verbessern. Im Gegenteil: es besteht jetzt die Gefahr, dass gerade in der Zeit, wo die Wirtschaft langsam wieder ansteigt, die Spitze der Investitionen erreicht wird. Je weiter die Planung geht, desto unsicherer ist sie. Das ist eine Tatsache.

Im Finanzplan fehlt mit den Investitionen der Verkehrs-Infrastruktur ein wichtiger Posten.

Ich möchte zusammenfassend den Stadtrat ans Herz legen, wirkliche Investitionspolitik zu betätigen und ein antizyklisches Investitionsverhalten an den Tag zu legen."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger nimmt zu den verschiedenen Fraktionsvoten wie folgt Stellung:

- Der Stadtrat weiss, dass er bis Ende dieses Jahres die Vorlage der PK in Aussicht gestellt hat. Die Versicherungs-Mathematiker benötigen aber für die Erarbeitung von Sinn machenden Varianten etwas mehr Zeit. Der Stadtrat wird zu Beginn des nächsten Jahres mit der Ausarbeitung des Berichtes und Antrages beginnen und diesen baldmöglichst dem GGR vorlegen.
- In den nächsten Tagen wird der Stadtrat die städtische Wohnbaupolitik zusammenfassend werten und Auskunft über die Situation geben. Dazu gehört auch die Wohnüberbauung Roost.

- Es trifft zu, dass zwischen den beiden Themen Investitionen und laufende Rechnung ein Kausalzusammenhang besteht. Der Stadtrat hat beim damaligen Beschluss der Investitionen darauf hingewiesen, dass dies auch entsprechende Konsequenzen auf die laufende Rechnung haben werde (gerade im Zusammenhang mit dem Stellenplan und dem damit verbundenen Aufwand).
- Bezüglich Sportanlagen hat der Stadtrat richtig gehandelt. Der Kanton wünschte eine Zweifachturnhalle, die Stadt eine Dreifachturnhalle. Nach Meinung des Sprechenden ist diesbezüglich richtig entschieden worden.
- Die Ansicht bezüglich zyklischem oder antizyklischem Verhalten mag stimmen, aber letztlich hat die Stadt in erster Linie mit Investitionen städtische Aufgaben zu erfüllen und nicht irgendwelche "Motoren" anzukurbeln.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR somit vom Finanzplan 2000 - 2004 gemäss Vorlage Nr. 1518 Kenntnis genommen hat.

2. Voranschlag 2000

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 1504

Bericht und Antrag der GPK Nr. 1504.1

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Grundsatzvoten

Marc Siegwart, Präsident GPK: "Auch betreffend die Vorlage Nr. 1504 - Voranschlag 2000 der Einwohnergemeinde Zug - erlaube ich mir, auf meinen ausführlichen Bericht zu verweisen. Insbesondere bitte ich Sie, unseren wenigen kleineren Anträgen zur laufenden Rechnung zuzustimmen.

Was unseren Antrag zur Festlegung des Steuerrabattes für das Jahr 2000 anbelangt, kann ich Ihnen - nach einer kurzen Umfrage bei sämtlichen GPK-Mitgliedern - mitteilen, dass wir mit 6:1 Stimmen beschlossen haben, einem allenfalls heute gestellten Antrag auf einen fünfprozentigen Steuerrabatt, wie er in der GPK-Sitzung bereits von der SVP bzw. Hans-Beat Uttinger als Kompromissantrag gestellt worden war, zuzustimmen. Unser Antrag, der den damaligen Stadtratsantrag unterstützt hatte, würde also zu Gunsten eines solchen Antrages zurückgezogen."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: "Wir haben - nach Verabschiedung des Finanzplanes 2000 - 2004 - in diesem Gremium auch den Voranschlag für das Jahr 2000 zu behandeln, welcher - so darf ich vorausschicken - nicht nur aus Punkt 1 der Anträge "Festsetzung der Steuern" besteht.

Vielmehr erlaube ich mir, Sie erneut und wie in den vergangenen Jahren nicht minder nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass einer Budget- oder Voranschlagsdiskussion auch zwingend eine Analyse der Aufgaben, welche das zu behandelnde Gemeinwesen zu erbringen hat, zugrunde liegen sollte. Auch in einer - wie immer wieder und nicht ohne Recht gesagt wird - auch in einer wohlhabenden Gemeinde kann und darf die zunehmende Verantwortungsverschiebung und die Aufgabenkaskade Bund - Kanton - Kommunen nicht unbeobachtet und unkommentiert bleiben. Und gerade in einer wohlhabenden Gemeinde soll und muss schliesslich die Qualität der Leistungserbringung der öffentlichen Hand zu einem wichtigen Beurteilungsparameter werden.

Nur auf dieser Grundlage sind die Aufwandssteigerungen gemäss Seite 2 und 3 des stadrätlichen Berichts zu qualifizieren und zu quantifizieren, wobei Sie ja vom Finanzvorsteher nicht zusätzlich auf die Beurteilungsgrössen "wünschbar" und "notwendig" aufmerksam gemacht werden müssen.

Ich überlasse die Details zum Aufwand der weiteren Diskussion und wende ich dem ermittelten und veranschlagten Ertrag zu und komme damit zum Thema "Steuern".

Lassen Sie mich zu diesem Punkt, welcher ja auch die heutige Voranschlagsdiskussion zu einem wesentlichen Teil prägen wird, der aber nicht, wie die Neue Zu-

ger Zeitung zu berichten weiss, zum Showdown verkommen sollte, folgendes vorausschicken:

- Wir haben hier in diesem Saal vor Jahresfrist eine hochemotional geführte und weder von den Medien noch von der Bevölkerung besonders gerühmte Steuerdebatte geführt. Im Protokoll Nr. 51 vom 15. Dezember 1998 ist die umfassende Stellungnahme des Stadtrates, welche ich damals vorgetragen habe, nachzulesen. Ich verzichte daher auf eine erneute Kommentierung unserer damaligen Aussagen, welche bis heute in keiner Weise an Gültigkeit verloren haben.
- Nach der Parlamentsdebatte vom 8. Juni dieses Jahres musste der Stadtrat davon ausgehen, dass der Grosse Gemeinderat folgendes beschlossen hatte, ich zitiere: "Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 17:9 Stimmen die Motion Karl Rust, Ulrich Straub, Felix Horber, Cornelia Stocker und Mitunterzeichner betreffend Steuerfuss-Senkung in der Stadt Zug erheblich erklärt und an den Stadtrat überwiesen hat."
- Der Stadtrat hatte - auch wenn Überraschungen nicht auszuschliessen sind - allen Grund, daraus zu folgern, dass er dem GGR Bericht und Antrag zu stellen hatte und zwar - wie in der stadträtlichen Vorlage zu diesem Thema festgehalten, ich zitiere noch einmal: "Für die Festlegung des Steuerfusses für das Jahr 2001 sichert der Stadtrat unter Berücksichtigung der Auswirkungen der unter Ziffer II aufgeführten Aspekte (diese sprachen sich unter anderem über die Revision des Steuergesetzes aus) einen ausführlichen Bericht und Antrag zu." Ich wiederhole für das Jahr 2001. Und daran werden wir uns halten. Nun, was daraus geworden ist, ist bekannt, eine erster Antrag zu einer Steuerfuss-Senkung um fünf Prozent während dieser Voranschlagsrunde war der Presse zu entnehmen, wie vieles andere auch.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Folgendes festhalten:

- Der Stadtrat wird dem Grossen Gemeinderat im Laufe des Jahres 2000, wie schon längst angekündigt, nach der Verabschiedung des revidierten Steuergesetzes durch den Kantonsrat und nach Kenntnis darüber, ob eventuell ein Referendum ergriffen wird, eine umfassende Steuervorlage unterbreiten. Zum gleichen Datum wird er auch zur FDP-Motion betreffend die WWZ-Konzessionsgebühren Stellung nehmen und auch weitere Ertragspositionen kommentieren. Der Stadtrat wird dann und erst dann erneut zur Steuer- und Finanzpolitik Stellung nehmen, weil, das wiederhole ich, eine definitive, für Jahre gültige Steuerfussfestlegung während einer laufenden Steuergesetzrevision nicht zu verantworten ist.
- Der Stadtrat ist mit manchen Votanten dahingehend einig, dass Steuerpolitik auch - ich betone aber auch und nicht nur - Standortpolitik ist und dass Standortpolitik auch und - ich betone erneut auch, aber nicht nur - von der Steuerpolitik abhängig ist. Der Stadtrat ist auch klar der Meinung, dass bis heute - und gerade wieder in jüngster Zeit - von Kanton

und Stadt eine erfolgreiche Standortpolitik betrieben worden ist. Den Standortpolitikern in diesem Rat sei aber auch und zwar nachdrücklich in Erinnerung gerufen: Ein öffentliches und kontrovers ausgetragenes Steuer-Je-Ka-Mi ist standortpolitisch negativ und verunsichernd. Und glauben wir ja nicht, dass die Stadt Zug ein isoliertes Inselleben lebt. Wir werden genauestens beobachtet. Steuerpolitische Selbstanklagen sind vor allem Wasser auf die Mühlen der Hardliner des nationalen Finanzausgleichs.

- Der Stadtrat ersucht Sie daher erneut, die Steuergrundsatzdebatte anlässlich der stadträtlichen Vorlage im kommenden Jahr zu führen und heute die Steuerdiskussion - im Sinne der Sache und aus keinem anderen Grund - auf ein absolutes Minimum zu beschränken.

Diesen Appell richten wir auch an uns selber.

In diesem Sinne der Sache zur tatsächlichen Beruhigung der Situation und zur Vermeidung einer Steuerfussenkung im unrichtigen Moment unterbreitet Ihnen der Stadtrat, wenn auch mit äusserst beschränkter Begeisterung im Gegensatz zur gedruckten Vorlage, folgenden Kompromissvorschlag:

- Den Steuerfuss auf unverändert 75 % des kantonalen Einheitsansatzes zu belassen.
- Für das Jahr 2000 einen Steuerrabatt von 5 % auf der Basis der kantonalen Einheitssätze zu gewähren und
- Die Differenz von Fr. 2'500'000.-- der aus einem Teil des Überschusses des Jahres 1998 gebildeten Steuerreserve zu entnehmen. Die Entnahme erfolgt nur bei einer ertragsbedingten Notwendigkeit.
- Das Rechnungsergebnis bleibt damit vom Steuerrabatt unbeeinflusst.

Die ersten beiden Punkte dieses Antrages entsprechen dem von Gemeinderat Hans-Beat Uttinger während der GPK-Voranschlagsdiskussion eingebrachten Vorschlages.

Punkt 1.2 des gedruckten stadträtlichen Antrages ändert sich demnach wie folgt:

1. Die Steuern für 2000 werden wie folgt festgesetzt:
 - 1.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für Natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuer für Juristische Personen mit 75 % abzüglich 2 % Rabatt auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.

Dieser Antrag des Stadtrates hat keinerlei Präjudizcharakter in Bezug auf die angekündigte Steuervorlage.

Meine Damen und Herren. Ich darf im Namen des Stadtrates nochmals wiederholen, dass es sich um einen Kompromissvorschlag handelt, der dann und nur dann seinen Zweck erreicht, wenn heute eine Grundsatzdebatte à la Dezember 1998, welche am Schluss jedermann ratlos im Saal zurücklässt, vermieden werden kann. Das würde bedeuten, dass auch die in den Medien bereits platzierten Voten - und sollten diese noch so minutiös und publicitywirksam vorbereitet sein - halt doch in Ihren Aktentaschen bleiben würden. Eine umfassende Vorlage im Jahr 2000 ist Ihnen sicher."

Dolfi Müller stellt einen Ordnungsantrag: Wie der Äusserung des GPK-Präsidenten zu entnehmen war, hat die GPK mit 6:1 Stimmen beschlossen, einem allenfalls heute gestellten Antrag auf einen fünfprozentigen Steuerrabatt, wie er in der GPK-Sitzung bereits von der SVP bzw. Hans-Beat Uttinger als Kompromissantrag gestellt worden war, zuzustimmen. Gemäss Kommissionsbericht hat die GPK mit 4:2 Stimmen beschlossen, den Antrag Hans-Beat Uttinger für 5 % Rabatt nicht zu begrüssen. Im Anschluss an die Kommissionssitzung folgt nun die Änderung seitens des Stadtrates, der damals mit guten Argumenten gegen den Vorschlag von 5 % gekämpft hat und auch in diesem Ansinnen von der GPK unterstützt worden war. Es fragt sich nun, in welchem Verfahren der Beschluss der GPK mit 6:1 Stimmen erfolgt ist. Hat eine weitere Sitzung stattgefunden? Aus welchem Anlass wurde allenfalls eine zweite Sitzung einberufen? Wer hat das Protokoll geführt?

Marc Siegwart, Präsident GPK: "Allen hier im Saal ist vollständig klar, dass jederzeit ein Antrag abgewiesen oder zurückgezogen werden kann. Ich habe heute mit sämtlichen Mitgliedern der GPK telefoniert oder kurz gesprochen und dabei gesagt, es sei möglich, dass heute ein entsprechender Antrag gestellt werde. Dann stünde der ursprüngliche GPK-Antrag quer in der Landschaft. Dem Vorschlag, den ursprünglichen GPK-Antrag zu Gunsten des allenfalls folgenden neuen Antrages des Stadtrates zurückzuziehen, haben 6 GPK-Mitglieder zugestimmt, 1 Mitglied hat diesen Vorschlag abgelehnt. Das Verfahren ist also vollkommen richtig gelaufen."

Peter Kündig erklärt sich mit den Ausführungen des Stadtrates vollumfänglich einverstanden, insbesondere mit der Aussage, dass die letztjährige Steuerdebatte kein Ruhmesblatt für den GGR war. Der Sprechende stimmt auch dem neuen Antrag des Stadtrates bezüglich Steuerrabatt zu, möchte aber trotzdem noch einige Ausführungen zum Steuerfuss machen: "Die CVP beantragt Ihnen - es wird Sie nicht überraschen, den Steuerfuss für Einkommens- und Vermögenssteuer bzw. Reingewinn- und Kapitalsteuern auf 70 % zu senken. Eine solche Steuersenkung ist nicht nur vertretbar, sie ist vor allem notwendig. Seit Jahren werden in der Stadt die Einnahmen zu vorsichtig budgetiert. Die mit den jeweiligen Jahresabschlüssen präsentierten Einnahmenüberschüsse belegen dies. Entsprechend dürfen wir auf diese Abschlüsse an sich auch nicht stolz sein, wird doch in der Stadt Zug von den Steuerpflichtigen einfach zu viel kassiert. Daran muss mit aller Deutlichkeit wieder einmal erinnert werden. Im Unterschied zur Privatwirtschaft werden die Einnahmen der öffentlichen Körperschaft nicht erarbeitet, sondern mit gesetzli-

chen Zulagen eingezogen. Dies ist nur erlaubt, soweit es unbedingt erforderlich ist. Entsprechend bemisst sich die gute Führung der Gemeinwesen an der Ausgabendisziplin der verantwortlichen Mandatsträger. Auch im Aufwandbereich ist die Stadt Zug kein Musterknabe. Die Aufwandsteigerungen zeigen es, eine Stabilisierung täte not. Anderen Gemeinwesen gelingt dies.

Der Stadtrat hält in der Vorlage selber fest, dass die Zuwachsraten beim Aufwand eine laufende Überprüfung der Notwendigkeit fordern würden. Die CVP ist überzeugt, dass dieser artikulierte Sparwille erst mit einer Drosselung der Steuereinnahmen effektiv wird. Dass der Finanzchef und die Exekutive nicht von sich aus eine Steuersenkung vorschlagen, entspricht schweizerischer Polittradition. Es ist Aufgabe des Parlaments als Vertreter des Volkes, eine solche Steuersenkung der Exekutive abzutrotzen. Die CVP ist gewillt, diese Aufgabe wahrzunehmen. Die Weigerung, den Steuersatz zu senken, ist in verschiedener Hinsicht unverantwortlich: Sie ist unverantwortlich gegenüber der Bevölkerung von Zug, indem Sie die Einwohner einer zu hohen Belastung mit öffentlichen Abgaben aussetzen. Dies gilt umso mehr als der Staat vermehrt - oftmals zu Recht - verursachergerechte Gebühren erhebt und öffentliche Zuwendungen plafoniert. Dadurch steigt die Staatsquote weiter und dies ist bedenklich.

Des Weiteren gilt zu betonen, dass die beantragten sozialen Anliegen auch weiterhin ohne Abstriche sichergestellt sind.

Sich gegen eine Steuersenkung zu wenden, ist auch unsozial. Sie verweigern den Steuerzahlenden so den Ausgleich zu den immer höheren Gebühren, Versicherungsprämien usw. Überdies schmälern Sie die Attraktivität unserer Stadt. Und diese gilt es zu erhalten. Dazu ist nicht ein stabiler - und stets zu hoher - Steuersatz erforderlich, sondern ein sparsamer öffentlicher Haushalt. Dadurch werden Arbeitsplätze erhalten und geschaffen. Und dafür, meine Damen und Herren, haben Sie sich als Gemeinderat einzusetzen.

Das Argument des stabilen Steuerfusses ist kein Grund, um sich gegen eine Steuersenkung zu stellen, weil das neue StG sowieso zu anderen Prozentsätzen führen wird. In den nächsten Jahren werden in allen Gemeinwesen die neuen Steuersätze festgelegt und nivelliert.

Alle Parteien (fast alle!) fordern in ihren Broschüren und Programmen günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Hier gilt es jetzt Massnahmen in Form einer Steuersenkung zu treffen. Hierzu haben wir die Mittel und die Chance. Wir müssen uns nur noch entsprechend verhalten. Würden wir die Steuern nicht senken, freuten sich andere in der Schweiz und im Ausland. Gleichzeitig müssten Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, wirtschaftsfeindlich, KMU-feindlich, unsozial und kurzfristig zu handeln - ein Vorwurf, dem Sie sich wohl nicht aussetzen wollen."

Hans-Beat Uttinger: "Die Steuern sprudeln fleissig weiter. Budget 1999 104 Mio, Budget 2000 112 Mio. Ein Plus von 8 Mio. trotz 2 % Steuerrabatt. Damit können wir uns einiges leisten, denn neben der schönen Lage am See und den tiefsten Steuern gehören anscheinend auch Luxusausgaben und eine hohe Qualität der Verwaltung, des Services der Stadt Zug zum Standortvorteil.

Wir leisten uns den Luxus, die Klassengrößen gar nie erreichen zu wollen. Wie weit ist es noch bis zum 1-Kind-Lehrer bzw. -Lehrerin?

Wir leisten uns den Luxus Oekihof als soz. Begegnungsstätte, anstatt den gesamten Müll samt und sonders zu verbrennen. Das Einzige, was uns noch fehlt, ist gratis Kaffee und Gipfeli.

Wir leisten uns den Luxus, bei einem Kulturbudget von 2,7 Mio. eigens eine Kulturbeauftragte einzustellen. Was selbstverständlich nicht den Umkehrschluss zulässt, das Kulturbudget sei zu verdoppeln.

Es gäbe noch viele Beispiele, aber anscheinend wollen wir, Stadtrat und Parlament, diese hohen Qualitäten alle leisten.

Wir anerkennen zu 100 % die Bemühungen der CVP, den Steuersatz auf 70 % zu senken. Im Sinne von, wenn du zu dick und feiss wirst, musst du den Gürtel künstlich enger schnallen. Ebenso erkennen wir die FDP-Motion, Konzessionsgebühren WWZ als zukünftiges auf uns zukommendes Loch. Unsere Fraktion stellt Ihnen deshalb den Antrag, im Budget 2000 einen Steuerrabatt von 5 % vorzusehen. Damit können wir 4 Mio. von den 5 Mio. zu erwartendem Gewinn der Rechnung 1999 denen wieder zurückgeben, die zu diesem Gewinn beigetragen haben, nämlich den Steuerzahlern. Dies könnten wir auch mit der CVP-Idee 70 % Steuerfuss. Doch wie sieht es nächstes Jahr aus? Konzessionsgebühr, Aufarbeitung Steuernachzahlungen Kanton, Pensionskasse etc. Mit unserem Antrag können wir jedes Jahr subtil auf die laufende Rechnung reagieren, denn das Ergebnis ist jeweils im November meist zu 90 % bekannt.

Wir anerkennen auch durchaus die Bemühungen des Stadtrates, den Steuersatz für Jahrzehnte gleich zu behalten. Nur dies ist auch eine Frage der Argumentation, des Verkaufes. Ich sage dem Stadtrat, geht hin und verkündet den juristischen Personen, rechnet mit einem Steuerfuss von 75%. Von Zeit zu Zeit jedoch bringen wir euch ein Geschenk. Und wahrlich ich sage euch, kein Buchhalter oder Geschäftsführer wäre unfroh, dieses Geschenk entgegen zu nehmen. Insofern begrüßen wir die Unterstützung des Stadtrates für unseren Kompromissantrag 5 % Steuerrabatt 2000.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen schlitzohrigen Gedanken. Stellen Sie sich vor, wir müssen nächstes Jahr aus irgend einem Grund (z.B. Konzessionsgebühren) den Steuerrabatt auf 2 % oder auf 0 zurückschrauben. Etliche Zuger Gemeinden hätten aber bereits einen Steuerfuss von 70 % beschlossen. Welche Freude für die Stadt würde herrschen in Bezug auf den kantonalen Finanzausgleich. Freude für mindestens 1 Jahr."

Cornelia Stocker: "Auch dieses Jahr hat sich die FDP intensiv mit dem vorliegenden Voranschlag - und nicht nur mit der Steuerfussthematik - auseinandergesetzt. Wir sind zum Schluss gekommen, über die Entwicklung der laufenden Rechnung muss laut nachgedacht, respektiv für die prognostizierten Zahlen der Aufwandsteigerung muss die Warnlampe blinken. Wir haben es schon letztes

Jahr gesagt, desto mehr man hat, desto mehr wird ausgegeben. Sie kennen das selber: Wenn Sie mehr verdienen, leisten Sie sich auch mehr. Das ist so. Natürlich sieht die Ertragsseite ebenfalls eine Steigerung vor. Die ganze Entwicklung stimmt uns aber insofern nachdenklich, als die Stadt wie andere Gemeinden auch immer mehr Aufgaben von Bund und Kanton übernehmen muss und in Zukunft in einem erhöhten Tempo fassen wird. Es ist unsere vordringlichste Aufgabe, uns weiterhin mit aller Kraft dafür einzusetzen, standortpolitisch in führender Position zu bleiben. Wir dürfen uns nicht nur in der Steuerfrage verbessern. Infrastrukturmässig, am vordringlichsten in der Verkehrsfrage, sind jetzt Taten gefragt. Hier müssen wir endlich vorwärts machen und unsere Hausaufgaben erledigen. Sonst fahren im wahrsten Sinne des Wortes unsere potentiellen Kunden wieder ab. Bauchef Gügler wird die FDP-Worte dem kantonalen Baudirektor sicher gerne ausrichten.

Nicht zu vergessen ist, dass eine schlanke, kundenorientierte Verwaltung auch ein wichtiger Standortfaktor ist, der an Wichtigkeit kaum hinter dem tiefen Steuersatz und der verkehrstechnischen Erschliessung zurücksteht. Das sind drei wichtige, entscheidende Komponenten für unsere Standortattraktivität und -qualität. Damit wir all diese ambitionierten Aufgaben meistern können, müssen wir die laufende Aufwandseite im Griff haben. Im Gegenzug müssen wir uns überlegen, wie wir die Attraktivität auf der Einnahmenseite positiv beeinflussen. Die FDP ist der einhelligen Meinung, dass die traditionell günstige Steuerbelastung in der Stadt Zug auch nach der Steuergesetzes-Revision Gebot der Stunde sein muss. Der Stadtrat hat in Aussicht gestellt, nach der kantonalen Steuergesetzes-Revision uns im Sommer 2000 eine auf gesicherten Indikatoren basierende Steuervorlage zu unterbreiten. Ideal wird es sein, wenn uns der Stadtrat dannzumal gleichzeitig auch über die von der FDP am vergangenen Freitag eingereichten Motion über die Reduktion oder Abschaffung der WWZ-Konzessionsgebühren Bericht erstattet. Das sollte der Anlass für eine Gesamtschau unter dem Titel "Steuern und Abgaben" sein. Denn von Steuerreduktionen profitiert nicht unbedingt die gleiche Gruppe, wie von einem Erlass der Konzessionsgebühr. Derjenige mit einem 100'000 Franken Einkommen beispielsweise verbraucht kaum doppelt so viel Strom wie derjenige, der 50'000 Franken verdient. So kann niemand behaupten, wir wollen primär nur Reichen ein Geschenk machen. Abgesehen davon ist der Verzicht auf die Konzessionsgebühren aktive Wirtschaftsförderung für KMU's, besonders auch für stromintensive Gewerbebetriebe, die im Gegensatz zu den grossen Energiebezüglern erst ab dem Jahr 2007 ihren Stromlieferanten selber bestimmen können.

Bis es aber so weit ist, möchte Ihnen die FDP als Übergangslösung beliebt machen, auf den 5 %igen Steuerrabatt zu setzen. Nach einer seriösen Aufarbeitung des Themas Steuern und vor allem aufgrund gesicherter Erkenntnisse über die zukünftige Ausgestaltung des neuen Steuergesetzes müssen wir in der Steuerfussfrage, das ist die Meinung der FDP, nächstes Jahr einen definitiven Entscheid fällen, der aus standortpolitischen Überlegungen mindestens für 5 Jahre herhalten muss. Von der Rabattmarkenpolitik ist dann wieder abzusehen.

Meine Damen und Herren, wir müssen zusammen stehen und unsere hart errungene Stellung sorgfältig pflegen, damit wir auch im neuen Jahrtausend unseren Wohlstand halten mögen.

Die FDP-Fraktion empfiehlt Ihnen, den Voranschlag 2000 zu genehmigen und wird die von der GPK verlangten Korrekturen grossmehrheitlich unterstützen."

Martin Stuber erachtet es als notwendig, eine grundsätzliche Standortbestimmung vorzunehmen, die etwas anders lautet, als dies bis jetzt zu hören war. "5 % sind so viel, dass es auch ein Signal ist; sonst hätte ich allenfalls gewartet.

Wir leisten uns hier eine Luxusdebatte. Ein Blick über die Kantonsgrenze zu unserem nördlichen Nachbarn zeigt das deutlich. Dort kämpft der grösste und wirtschaftsstärkste Kanton und die grösste und wirtschaftsstärkste Stadt der Schweiz mit enormen Defiziten und Schuldenlasten, trotz massiv höheren Steuern.

Derweil "kämpfen" der Kanton und die Stadt Zug mit Überschüssen und der Kanton Schwyz hat dasselbe "Problem". Ein Zufall? Nein, systembedingte Verzerrungen. Das System des Steuerföderalismus produziert solche strukturellen Verzerrungen, die nicht nur ungerecht sind, sondern auch ineffizient.

Ungerecht, weil ein Steuersystem, das zur Konzentration der grossen Einkommen und Vermögen in einzelnen Kantonen und Gemeinden führt, für die grosse Mehrheit der kleinen und mittleren Einkommen und Vermögen grössere Steuerbelastungen zur Folge hat. Es ist wirklich sehr einfach: was der Millionär (oder die Millionärin) an Steuern einspart, wenn er vom Kanton Zürich in den Kanton Zug wechselt, bezahlen die ZürcherInnen mehr. Völlig unabhängig davon, wie gut und effizient die jeweiligen öffentlichen Verwaltungen arbeiten und was der jeweilige Kanton seinen Bürgerinnen bietet.

Und deshalb ist dieses System auch ökonomisch ineffizient: wenn die Steuerunterschiede so gross sind, wie in der Schweiz, rücken andere, ökonomisch sinnvolle Standortfaktoren in den Hintergrund. Da kann die Stadt Zürich noch so effizient arbeiten: wenn ihr die reichen SteuerzahlerInnen fehlen, bleibt sie auf dem hohen Steuerfuss sitzen und kann nicht mit den Steuern runter - ihre Effizienz nützt ihr nichts. Umgekehrt kann - oder könnte - der Kanton Zug seine Mittel weniger effizient einsetzen, der Steuerfuss ist - oder wäre - immer noch wesentlich tiefer als in Zürich. Der Standortwettbewerb über die Steuersätze führt in einem staatlichen Gemeinwesen wie der Schweiz mit ihren historisch gewachsenen, sehr heterogenen politischen Strukturen (ein kleiner Kanton neben einem sehr grossen) zu gewaltigen Verzerrungen, die nichts mehr mit ökonomischen Gegebenheiten zu tun haben.

Wenn der Steuersatz die Effizienz der jeweiligen öffentlichen Verwaltungen reflektieren würde, dann wären die Urner oder Jurassier ja mit unglaublich unfähigen und schlampigen öffentlichen Verwaltungen gesegnet. Oder sie würden ihren BürgerInnen Sachen bieten, von denen wir hier nur träumen können - denn in diesen beiden Kantonen bezahlen die Leute mehr als doppelt so hohe Steuern. Ich

schlage vor, Marc Siegwart und Peter Kündig reisen einmal zu ihren Parteikollegen nach Uri und in den Jura und erklären ihnen, weshalb es gerecht und sinnvoll ist, dass sie dort soviel Steuern bezahlen. Ich rate Ihnen, ein Retourbillet zu lösen...

Sie wissen es natürlich genau: die UrnerInnen und JurassierInnen sind weder vom Luxus verwöhnt noch haben sie lausige öffentliche Verwaltungen. Sie sind bloss ein Opfer des eidgenössischen Steuerföderalismus, der die Mittel nicht nach ökonomisch sinnvollen Kriterien "alloziert", sondern nach Interessen - nämlich nach den Interessen der Vermögenden und Guten - bis Sehr Gutverdienenden. Und weil diese Ungerechtigkeit so offensichtlich ist, braucht es einen grossen Vorhang davor, der sich Finanzausgleich nennt - auch nicht gerade ein Muster an ökonomischer Logik.

Aus diesen Grünen kann die auf den ersten Blick einleuchtend daher kommende Milchbüechli-Rechnung von Peter Kündig in der Neuen Zuger Zeitung vom Dienstag letzter Woche schlussendlich nicht aufgehen. Wenn Sie wollen, dass wir beim Neuen Finanzausgleich mehr an die Kasse kommen, dann senken Sie den Steuerfuss auf 70 % - und ich sage Ihnen: dann kommen wir völlig zurecht an die Kasse, denn die Steuerschere zwischen den Kantonen und den Gemeinden darf nicht noch weiter auseinandergehen.

2000 Millionäre gibt es bereits im Kanton Zug - wollen Sie, dass es 4000 oder 6000 werden?

Es gibt aber auch noch zwei andere, "kleinere" Gründe, die gegen die Senkung des Steuerfusses sprechen: Schauen Sie sich den Finanzplan 2000 - 2004 an: die CVP will den Steuerfuss massiv senken in einem Augenblick, wo die Stadt - endlich!!, ist man geneigt zu sagen - massiv investiert. Und dass die Kurve schon so schnell so nachhaltig wieder sinken wird, ist wenig wahrscheinlich, denn es stehen vor allem im Verkehrsbereich noch Investitionen an, die im Finanzplan nirgends erwähnt sind.

Sie nehmen für die Senkung des Steuerfusses sogar ein Defizit für die Rechnung 2000 in Kauf. Ist das die verantwortungsvolle Finanzpolitik, die auch die CVP immer wieder für sich reklamiert? Oder ist es nicht vielmehr die opportunistische Reaktion auf die Wahlerfolge der SVP - die sich übrigens wieder relativieren werden, wenn die Leute die Realität hinter den billigen Parolen erkennen werden?

Zum Zweiten: wir wissen nicht, wie das neue kantonale Steuergesetz definitiv aussehen wird und wie gross die Einnahmeausfälle sein werden - und Einnahmeausfälle wird es geben, das ist angesichts der Mehrheiten im Kantonsrat so sicher wie der Absturz des elektronischen Börsensystems... Die Antwort der CVP darauf: möglichst weit runter mit dem Steuerfuss jetzt. Und wir ergänzen: damit er denn auch ganz sicher wieder erhöht werden muss.

Aus den gleichen Gründen lehnen wir den Steuerrabatt von 5 % ab. Auch er wird eine defizitäre Rechnung 2000 zur Folge haben. Im Übrigen ist ein linearer Steu-

errabatt sozial ungerecht, weil davon vor allem die Gutverdienenden und Vermögenden profitieren.

Falls Sie dennoch einen Steuerrabatt beschliessen sollten, stellt unsere Fraktion zwei Eventualanträge: statt eines linearen, unsozialen Steuerrabattes einen Fixbetrag.

Wir haben uns die Zahlen von der Finanzabteilung geben lassen, daraus errechnen sich die folgenden Fixbeträge:

Antrag 1 (statt 5 % Rabatt)

Variante 1: Natürliche Personen erhalten einen Steuerrabatt von Fr. 480.-- pro Kopf

Variante 2: Natürliche und juristische Personen erhalten einen Steuerrabatt von Fr. 290.--.

Antrag 2 (statt der stadträtlichen Vorlage mit 2 % Rabatt)

Variante 1: natürliche Personen erhalten einen Steuerrabatt von Fr. 193.-- pro Kopf

Variante 2: natürliche und juristische Personen erhalten einen Steuerrabatt von Fr. 117.--.

Wir schlagen Ihnen wie letztes Jahr zwei Varianten vor, eine, von der nur die natürlichen Personen profitieren, was angesichts der vielen steuerdomizilierten Firmen zu rechtfertigen wäre, und eine, von der auch die juristischen Personen profitieren, was insofern seine Berechtigung hat, als dann auch die KMU davon profitieren würden."

Ruth Schmid: "Im Namen der SP der Stadt Zug erlaube ich mir, noch auf einige Punkte hinzuweisen.

Hochhalten der Selbstfinanzierung:

In früheren Jahren wurde einmal ein Selbstfinanzierungsgrad von 75 % festgelegt. Dies scheint auch vernünftig, wenn man mit der Empfehlung der Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen aus dem Jahre 1988 vergleicht. Darin wird die Kennzahl von über 70 % und weniger als 100 % als volkswirtschaftlich verantwortbare Verschuldung. Eine Kennzahl von weniger als 70 % gilt als ausserordentliche Neuverschuldung.

Im Finanzplan der Stadt Zug ist vorgesehen, über mehr als vier Jahre den Selbstfinanzierungsgrad unter 70 % (31, 20, 39, 42) zu halten. Somit kommt es über eine lange Zeit zu grosser Neuverschuldung. Nebst den Problemen mit der Beschaffung der Mittel ergibt sich ein immer grösserer Bedarf an Passivzinsen, was wiederum die laufende Rechnung belastet. Auch bei der Selbstfinanzierungskraft im Jahr 2000 mit 8,7 % bewegen wir uns im Bereich "gilt als eher schwache Finanzierungskraft".

Noch weiter verschlechtern würden sich diese Zahlen, wenn ein Steuerrabatt von 5 % für das Jahr 2000 gewährt werden sollte. Somit käme es zu einer Einstellung "Lebe heute - zahle morgen". Den Jungen wird heute eine Schuldenlast aufgehalst, die sie dann später zu bezahlen haben.

Es sieht jedoch so aus, als ob man von der Annahme ausginge: In den letzten Jahren ist das Ergebnis sowieso immer besser ausgefallen. Es wird wieder so sein. Es scheint uns nicht gerechtfertigt, wenn nun ewiger Pessimismus plötzlich in überwältigenden Optimismus umschlägt.

Deshalb erachten wir die Steuerfussenkung nicht als sinnvoll und beantragen, den bisherigen Antrag des Stadtrates gutzuheissen."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: Der Stadtrat hat deutlich gesagt, zu welchem Zeitpunkt er die Steuerdebatte führen will. Der stadträtliche Sprecher wird daher die vorangegangenen Voten unbeantwortet lassen. Zum Thema Schulden wurden bereits beim Finanzplan entsprechende Äusserungen gemacht. Der Stadtrat hat auch eine Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve vorgeschlagen und nicht ein negatives Budget für das nächste Jahr.

Dolfi Müller ist nicht klar, welcher Antrag letztlich zur Steuerfussenkung zur Debatte steht, weshalb er um eine Klärung ersucht.

Der Sprechende zeigt einen Auszug aus dem statistischen Jahrbuch des Eidg. Statistischen Amtes sowie die Finanzkraftberechnung der Kantone als Folie auf. Es stellt sich die Grundfrage, welche strategische Idee hinter einer Steuerfussenkung steht. Steuerharmonisierung ist heute ein aktuelles Thema.

Ratspräsident Rainer Hager zeigt nochmals klar auf, welche Anträge zur Abstimmung vorliegen:

- Antrag Stadtrat: 75 % Steuerfuss abzüglich 5 % Rabatt
- GPK: schliesst sich diesem Antrag an.
- CVP: Steuerfussenkung auf 70 %
- SVP: 75 % Steuerfuss abzüglich 5 % Rabatt
- FDP: 75 % Steuerfuss abzüglich 5 % Rabatt
- SGA: Eventualanträge für den Fall, dass 5 % Rabatt gewährt werden, aber nicht für den Fall, dass 75 % abzüglich 2 % Rabatt gewährt werden.

Detailberatung (abschnittweise)

Hauptzahlen 2000 (S. 5)

Keine Wortmeldungen.

Laufende Rechnung nach Kostenarten (S. 6-7):

Keine Wortmeldungen.

Institutionelle Gliederung (S. 9):

Laufende Rechnung (S. 9):

Keine Wortmeldungen.

Investitionsrechnung (S. 9):

Keine Wortmeldungen.

1. Präsidialabteilung (S. 10):

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: "Der Regierungsrat des Kantons Zug hat an der heutigen Sitzung beschlossen, den Teuerungsanstieg von November 1998 (Index 103.8) bis November 1999 (Index 105.2) voll auszugleichen. Der Ausgleich der Teuerung bedingt eine Erhöhung der heutigen Teuerungszulage von 2,9 % um 1,4 Prozentpunkte auf neu 4,3 % der gesetzlichen Basislöhne. Auf die Gehälter 1998 bezogen, entspricht dies per 1. Januar 2000 einer Erhöhung um 1,36 %.

Zu den finanziellen Auswirkungen: Gemäss Voranschlag 2000 beläuft sich die Lohnsumme inkl. Lohnnebenkosten für das gesamte städtische Personal auf rund 65.8 Mio. Franken. In diesem Betrag ist gemäss Budgetvorgabe des Kantons (Schreiben der Finanzdirektion vom 26. April 1999) eine Teuerungszulage (Zuwachs gegenüber Vorjahr) von 0.5 % enthalten. Infolge der beantragten Teuerungszulage von 1.36 % auf die Vorjahreslöhne ergibt sich ein Zuwachs der budgetierten Lohnsumme um rund Fr. 415'000.--."

2. Finanzabteilung (S. 11):

Keine Wortmeldungen.

3. Schulabteilung (S. 12):

Anita Stadler: "Welche Gemeinde oder Stadt kann sich so glücklich schätzen und für ein weiteres Nachholjahr mit Bruttoinvestitionen von über 50 Mio. Franken budgetieren. Sorgen um Defizite in ebensolcher Höhe plagten andere Städte und Gemeinden.

Und trotzdem gibt es anscheinend immer wieder Ausgaben, die vereinzelt für unnötig oder falsch angeschaut werden. Ich möchte hier und jetzt besonders auf die Bemerkung, dass es leider immer wieder die Schulabteilung sei, die in der Stadt Zug stark zu steilen Erhöhungen beitrage, eingehen.

Schon in der Gemeindeordnungsrevision schliesst eine rigorose Wählbarkeitsklausel die Wahl von LehrerInnen in den GGR aus. Schon dazumal hatten wir das

Gefühl, dass diese Klausel insbesondere gegenüber den Lehrpersonen gemeint ist.

Uns allen ist eine sehr gute Schulbildung und Bildung überhaupt ein grosses Anliegen. Mit dem Eintritt der eigenen Kinder in die Schule kann die Qualität derer nicht hoch genug sein. Und es ist auch richtig, dass unsere Kinder und Jugendlichen sehr gut unterrichtet und altersgemäss begleitet werden.

Als Lehrperson ist dies eine Aufgabe, die überaus intensiv und kräftezehrend ist. Müssten wir nicht viel mehr auch dem Wohlergehen der Lehrerinnen und Lehrer Aufmerksamkeit schenken? Eine Lehrerin kann heute nach Schulschluss nicht zusammenpacken und heim gehen. Da warten Teamsitzungen, Sitzungen betr. Schulreformen etc. darauf, bearbeitet zu werden. Ich kenne sehr viele StaatsschullehrerInnen, die sich eben auch emotional mit den Kindern verbinden und sich für eine gute Schule engagieren. Kommen all die vielen (ca. 600) Reformen dazu, die die Lehrpersonen natürlich mit grossem Mehraufwand belasten. Gedanken an Schülerinnen und Schüler, Sorgen und Nöte, die auftauchen während des Unterrichts, Familiensituationen von SchülerInnen, die belasten etc. lassen auch LehrerInnen nicht einfach kalt.

Und gerade im Lehrerberuf wäre es beispielsweise absolut nötig, je nach Situation individuelle Möglichkeiten betr. Frühpensionierung usw. grosszügig zu handhaben. Oft gelingt es den Unterrichtenden nämlich nicht, über Jahrzehnte die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen wirklich mitzugehen. Heutige Kinder haben andere Fragen und Ansprüche an uns, als Kinder vor nur schon 10, 15 Jahren. Dies ist eine Tatsache, die grosse Flexibilität und Vitalität abverlangt.

Wenn wir jetzt jede Klasse unbedingt mit den vorgeschriebenen Schülerzahlen belegen wollen, ist dies zwar zum Wohle unserer Finanzen, aber nicht immer zum Wohle der LehrerInnen und SchülerInnen. Es ist schlussendlich nicht verwunderlich, dass gerade bei den LehrerInnen ein sehr hoher Anteil an Teilzeitanstellungen zu finden ist. Aber auch eine vermehrte Abwanderung von JunglehrerInnen in andere Berufe ist feststellbar.

Ich bitte Sie also, das alte "Feindbild", das mir bei solchen eingangs erwähnten Voten entgegenkommt, doch abzulegen und einzusehen, dass Schule nur gut stattfinden kann, wenn Lehrerinnen und Lehrer genügend Raum und Unterstützung auch von unserer Seite erhalten. Motivierend sind solche Äusserungen und Anschuldigungen bestimmt nicht."

4. Bauabteilung (S. 13):

Keine Wortmeldungen.

5. Sicherheitsabteilung (S. 14):

Keine Wortmeldungen.

6. SGU-Abteilung (S. 15):

Keine Wortmeldungen.

Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung

1. Präsidualabteilung (S. 16 - 19):

Hans-Beat Uttinger spricht namens der SVP-Fraktion zu Konto 115, Kultur: "Der Stadtrat hat unseren Antrag an der GGR-Sitzung vom 26. Mai 1998, Protokoll Nr. 44, dass die Gesamtkosten Kultur und Kunst von 1999 diejenigen von 1998 nicht übersteigen dürfen, entgegengenommen. Inzwischen haben wir eine Steigerung von der Rechnung 1998 mit 2,1 Mio. auf 2,7 Mio. im Budget 2000.

Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, den Posten 115, Kultur, um Fr. 200'000.-- zu reduzieren, damit zumindest die Budgetzahlen 1999 (2,5 Mio.) nicht überschritten werden.

Wir sind überzeugt, dass unsere Kulturbeauftragte durch Umschichtung der Gaben dieses Ziel erreicht."

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: Inzwischen sind die wesentlichen Positionen dieser Erhöhung durch einen GGR-Beschluss bereits bewilligt. Diesen GGR-Beschluss hat damals der Vorredner nicht abgelehnt, sondern sich der Stimme enthalten. "Das werde ich jetzt auch tun."

Abstimmung

über den Antrag Hans-Beat Uttinger namens der SVP-Fraktion, Konto 115 um Fr. 200'000.-- zu reduzieren:

Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 4 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 4 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag Hans-Beat Uttinger namens der SVP-Fraktion, Konto 115 um Fr. 200'000.-- zu reduzieren, abgelehnt hat.

2. Finanzabteilung (S. 20 - 26)

Keine Wortmeldungen.

3. Schulabteilung (S. 27 - 34)

Keine Wortmeldungen.

4. Baudirektion (S. 35 - 39)

Cornelia Stocker bezieht sich auf Konto 410, Abteilungssekretariat: "Die budgetierten Zahlen und der GPK-Bericht zeigen, dass die von unserer Fraktion geforderten Reorganisationsmassnahmen offensichtlich eingeleitet sind. Das begrüßen wir selbstverständlich. Im Wissen, dass das Bauamt in den vergangenen Monaten einen beträchtlichen Out-put hatte, und im Vertrauen, dass der Stadtrat uns über die noch nicht beantworteten Motionen "Reorganisation und ISO-Zertifizierung" und "Massnahmen aus dem PUK-Bericht" baldmöglichst Bericht erstattet, sagen wir heute ja zur Stellenaufstockung, obwohl uns erst die Motionsbeantwortungen und dann der Aufstockungsantrag wesentlich sympathischer gewesen wären. Im April 1999 hat der Bauchef zu Protokoll gegeben, er werde im Frühherbst Stellung beziehen. Kann er jetzt im winterlichen Spätherbst einen neuen verbindlichen Termin nennen."

Rudolf Balsiger bezieht sich auf Konto 410, 318.05, Abteilungssekretariat, Stadtmodell, und beantragt, diesen Betrag von Fr. 35'000.-- um Fr. 15'000.-- auf Fr. 20'000.-- zu reduzieren, wie dies in der Rechnung 1998 ausgewiesen war.

Ivana Calovic bezieht sich auf Konto 410 300.12, Abteilungssekretariat, Fachkommission für Energiefragen, und hat diese vergeblich bei der SGU-Abteilung gesucht. Falls es sich um einen Druckfehler handelt, ersucht die Votantin um entsprechende Information. Was geschieht, wenn der Kommission für das Jahr 2000 keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, welche Erwartungen werden an diese Kommission gestellt?

Stadtrat Toni Gügler nimmt zu den verschiedenen Voten Stellung:

-

Zu Gemeinderätin Cornelia Stocker: Es ist richtig, dass der stadträtliche Sprecher zugesichert hat, im Frühherbst zu den verschiedenen Motionen Stellung zu beziehen. Nächste Woche wird dem GGR die Vorlage betr. Massnahmen aus dem PUK-Bericht zugestellt werden. Es sei vorweg gesagt, dass diese aber keine grossen Überraschungen enthalten wird, sind doch die Anregungen der PUK-Motion längst umgesetzt worden, jedoch mit einigen Differenzen und Abweichungen, die sich aber aufgrund des ISO-Prozesses als richtig erwiesen haben.

Der stadträtliche Sprecher ist erfreut, dass die Stellenerhöhung akzeptiert wird, haben doch die 75 % Stellenprozent mit der PUK-Motion nichts zu tun. Im längerfristigen Personalpool war unter anderem vorgesehen, im Bauamt per 1.1.2000 im Bereich Kanalisation eine Stelle anzugliedern. Aufgrund von intensiven Diskussionen in der GPK wurde die Personalplanungssituation nochmals analysiert und führte zum Schluss, dass auf diese Sachbearbeiterstelle verzichtet werden kann, dafür im Gegenzug das Sekretariat um 25 Stellenprozent erhöht wird. Dadurch kann der entsprechende Sachbearbeiter stärker auf das Sekretariat zurückgreifen und wird dadurch für seine eigentlichen Sachbearbeiteraufgaben vermehrt freigestellt. Diese Lösung führt schlussend-

lich zu einer 100 %igen Einsparung im höher dotierten Segment, aber gleichzeitig zu einem Ausbau von 25 % beim Sekretariat. Dies bedingt aber gleichzeitig, dass gewisse Aufträge extern vergeben werden können. Die Erhöhung der Gesamtkapazität des Sekretariates um weitere 50 % ist nicht Auswuchs der PUK-Motion, sondern der Führungsanalyse im Bauamt, die letzten Frühling in Auftrag gegeben wurde und sich mit dem organisatorischen Handlungsbedarf befasst hat. Der heutige Bausekretär wird Mitte nächsten Jahres durch einen zwar gleich genannten Bausekretär ersetzt, welcher aber die Funktion eines Stabschefs ausüben und dabei für zusätzliche Führungsunterstützung und für die Steuerung der komplexen Prozesse verantwortlich sein wird. Aus diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass sowohl innerhalb des Bauamtes als auch aus der Optik des Kunden die Dienstleistung des Bauamt-Sekretariates nicht als optimal beurteilt wird. Daraus folgte der Vorschlag für den Sekretariatsausbau.

- Zu Gemeinderat Rudolf Balsiger: Das Stadtmodell wird jährlich ausgebaut. Nötige Ergänzungen ergeben sich u.a. auch aus den aktuellen Planungen und Bauvorhaben. Je nachdem, ob eine Bewilligung für eine grüne Wiese oder für ein sehr stark bebautes Gebiet erfolgt, sind die Kosten für das Modell höher oder tiefer. Der stadträtliche Sprecher ersucht, diese Budgetposition beizubehalten und den Antrag um Reduktion abzulehnen. Mit Sicherheit werden keine Modelle vorgenommen, die nicht vor dem Hintergrund der laufenden Planung des Projektes auch notwendig sind.
- Antrag GPK zu Konto 410, 318.07, Beratungen und Expertisen: Der stadträtliche Sprecher ersucht, auch diese Position zu belassen und den GPK-Antrag abzulehnen. Es ist wichtig, in der Verkehrsplanung vorwärts zu machen, was aber nicht nur Kosten für die Realisierung, sondern auch für die Phase der Planung und Vorbereitung mit sich bringt. Den Auftrag Planung Zug-Nord hat die Stadt Zug vom Kanton erhalten und muss die entsprechenden finanziellen Mittel dafür aufbringen. Bereits vor dem Brand am Kolinplatz war beschlossen, das Gebiet in die Gesamtplanung einzubeziehen und intensive Überlegungen bezüglich Nutzung und bauliche Massnahmen anzustellen. Auch hierfür sind entsprechende Mittel notwendig. Allein die Massnahmen für die Gebäude bewegen sich in der Höhe von mehreren zehntausend Franken. Es ist auch nicht so, dass für diese budgetierten Mittel nur Beratungen und Expertisen in Form von eingekauften Gutachten in Auftrag gegeben werden. Ein Grossteil betrifft effektiv projektbezogene Kosten. Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass nur so viel Geld ausgegeben wird, wie tatsächlich nötig ist. Als Alternative zur Position Beratungen und Expertisen sähe der Sprechende einzig, dass bei der Investitionsrechnung für jedes Projekt ein eigenes Konto eröffnet würde. Ob dies aber die bessere Lösung wäre, sei zu bezweifeln. In diesem Sinn ersucht der Sprechende, diese Position zu belassen.

Stadtpräsident Christoph Luchsinger:

- zu Konto 410, 318.07, Beratungen und Expertisen: In der Handhabung der Position Beratungen und Expertisen unterstützt der stadträtliche Sprecher den Vorredner vollumfänglich und warnt davor, zu dieser neuen finanztechnischen Politik zu wechseln und pro Projekt in der Investitionsrechnung ein separates

Konto zu führen. Dadurch würde die Investitionsrechnung wesentlich weniger transparent als dies heute der Fall ist.

- Zu Gemeinderätin Ivana Calovic: Bedauerlicherweise handelt es sich hier um einen Verschreiber. Unter der Finanzabteilung ist bei Konto 284 366.00, Förderung erneuerbarer Energien, ein Betrag von Fr. 900'000.-- budgetiert. Selbstverständlich sind darin auch die Honorierung der Mitglieder der Fachkommission für Energiefragen und andere zusätzliche Nebenkosten enthalten.

René Bucher, Präsident BPK, zu Konto 410 318.07, Abteilungssekretariat, Beratungen Expertisen: "Ich kann dem Antrag der GPK zur Reduktion des Postens Beratungen Expertisen von Fr. 250'000.-- auf Fr. 200'000.-- nicht zustimmen und möchte dies auch kurz begründen.

Im Gegensatz zu anderen Dikasterien ist beim Bauamt eine Budgetierung der Expertisen äusserst schwierig, weil das Bauen eine lebendige Sache ist, und vielfach heute noch nicht gesagt werden kann, wo morgen der Schuh drückt und notwendige Abklärungen getroffen werden müssen.

Denken Sie an ein kritisches Baugesuch; Herr Gügler hat es erwähnt, oder wie kürzlich beim Kolinplatz geschehen, an einen Brandfall. In einem solchen Fall muss das Bauamt rasch reagieren und entsprechende Expertisen in Auftrag geben können. Glauben Sie mir, diese Fr. 50'000.--, die Sie hier einsparen wollen sind peanuts zu den möglichen Einsparungen, die Sie bei einem solchen Schadenfall mit einer guten Expertise und dem nachfolgenden richtigen Reagieren einsparen können.

Als Präsident der Bau- und Planungskommission bin ich daran interessiert, dass wir von der Stadtverwaltung gute Vorlagen erhalten, welche auf einem guten Fundament aufgebaut sind. Und dazu benötigt das Bauamt den entsprechenden finanziellen Freiraum.

Ich bitte nicht nur die BPK-Mitglieder, ich bitte Sie alle, sich nochmals gut zu überlegen, ob es gerade bei dieser Position richtig ist, den Sparhebel anzusetzen. Ich denke, es wäre ein Pyrrhus-"Sieg", wobei das Wort Sieg erst noch in Anführungszeichen zu setzen ist."

Rudolf Balsiger geht es nicht darum, Expertisen einzusparen. Wenn sich eine Expertise als notwendig erweist, hat auch die GPK nichts dagegen. Dem Sprechenden geht es um die Budgetdisziplin und nicht darum, Expertisen zu verunmöglichen. Bis zum 19.9.1999 sind über dieses Konto Fr. 128'000.-- verbucht, wovon Fr. 20'000.-- Kopiergebühren sind. Die zusätzlichen Arbeiten und Spesen sollen über das betreffende Projekt und nicht über das jetzt diskutierte Konto abgebucht werden. Dadurch genügen Fr. 200'000.-- für Expertisen und Beratungen voll und ganz.

Stadtrat Toni Gügler: Die Ausführungen des Vorredners zeigen, dass offenkundig mit dem Geld nicht unbekümmert umgegangen wird. Abgesehen davon wurde

dabei die Momentaufnahme mit Stand Oktober berücksichtigt. Bis Ende Jahr werden noch bedeutende Beträge ausbezahlt, so dass die über dieses Konto zur Verfügung stehenden Mittel mehr oder weniger vollumfänglich beansprucht werden. Die angesprochenen Fr. 20'000.-- wurden nicht für Kopien ausgegeben, sondern für Pläne, die zur Verfügung gestellt werden müssen. Die von Rudolf Balsiger aufgezeigte Liste setzt sich aus Honorarbeträgen und aus zahlreichen Einzelrechnungen zusammen, die im Zusammenhang mit diesen Mandaten für Spesen angefallen sind. Das Bauamt verfügt intern auch über projektbezogene Zuordnungen dieser Einzelpositionen, die es erlauben, genau nachzuvollziehen, welche Beträge für welches Projekt zur Verfügung gestellt worden sind.

Der stadträtliche Sprecher betont nochmals, dass für nächstes Jahr bereits bedeutende Beträge in Aussicht stehen, weshalb es wichtig ist, diese Budgetposition beizubehalten und nicht zu kürzen.

Abstimmung

über den Antrag Rudolf Balsiger, Konto 410, 318.05, Stadtmodell, um Fr. 15'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag Rudolf Balsiger stimmen 15 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 17 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 17:15 Stimmen den Antrag Rudolf Balsiger abgelehnt hat. Somit bleibt der budgetierte Betrag bei Konto 318.05, Stadtmodell, unverändert.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 318.07, Beratungen Expertisen, um Fr. 50'000.-- zu reduzieren:

Für den Antrag der GPK stimmen 12 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 23:12 Stimmen den Antrag der GPK, Konto 318.07 um Fr. 50'000.-- zu kürzen, abgelehnt hat. Somit bleibt diese Position im Budget unverändert bestehen.

5. Sicherheitsabteilung (S. 40 - 47)

Xaver Ruckli spricht zu Konto 550 314.02, Friedhof, Unterhalt Tiefbauten:

"Der Stadtrat stellt den Antrag, die Budgetposition 550/314.02 um Fr. 115'000.-- zu erhöhen. Mit diesem Betrag soll die Friedhofanlage beleuchtet werden, da der Friedhof angeblich als Durchgang benutzt werde. Als Durchgang in der Nacht, für wen? Oberhalb des Friedhof, also östlich der Waldheimstrasse, ist alles grün, nur Kultur und Weidland, wo niemand wohnt. Der Klosterweidweg und die Klosterstrasse verbinden das Kirchmattgebiet mit dem stark frequentierten Rosenberquartier. Der Friedhofweg, südliche Abgrenzung zum Friedhof, ist meines Erachtens auch in der Dunkelheit sicher passierbar. Die erwähnten beleuchteten Wege, die südlich und nördlich am Friedhof vorbeiführen, sind sicher ein zumutbarer Umweg für die wenigen Leute, deren Heimweg über die Friedhofgegend führt. Ich wehre mich dagegen, dass mit einer besseren Beleuchtung die Frequenzen in der Dunkelheit und in der Nacht über den Friedhof erhöht werden. Es gibt keinen Grund, durch eine bessere Beleuchtung in der Dunkelheit Leute auf den Friedhof zu locken, die ihn sonst meiden würden.

Diese Überlegungen haben mich bewogen einen schlichten Gegenantrag zum stadträtlichen Antrag zu stellen: Der Stadtrat soll auf die Beleuchtung der Friedhofanlage verzichten."

Für Marc Siegwart macht die Friedhofbeleuchtung durchaus Sinn. Die Friedhofkommission hat sich mit diesem Thema bereits befasst; die entsprechende Vorlage liegt vor. Der Sprechende empfiehlt daher, diesen Betrag im Budget zu belassen.

Stadtrat Hans Christen: Der Friedhof St. Michael ist nur spärlich beleuchtet. Diese Beleuchtung genügt, wenn der Friedhof bei Tageslicht besucht wird. Die Friedhofwege werden aber auch als Durchgang insbesondere zwischen der Kirchmattstrasse und Schwertstrasse, Friedhofweg oder Waldheimstrasse benützt. Für diese Passanten ist die Beleuchtung ungenügend. Dieser Umstand wurde auch durch die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates (GPK) bemängelt. Die Sicherheitsabteilung hat zusammen mit der Friedhofkommission ein Beleuchtungskonzept erarbeitet, das eine hinreichende Ausleuchtung der Durchgangswege vorsieht. Gleichzeitig wurde die Anzahl der Beleuchtungskörper auf ein Minimum begrenzt, damit die für einen Friedhof notwendige Diskretion gewahrt werden kann. Im untersten Friedhofteil, im Sektor I, wird beim Treppenaufgang Kirchmattstrasse eine neue Wegleuchte montiert. Mit gleichen Wegleuchten werden die drei bestehenden Leuchten bei der Friedhofkapelle, beim Treppenaufgang vom Sektor I zum Sektor II und bei der Schwertstrasse ersetzt. Der mittlere Durchgang zwischen Sektor II und III führt über Treppen zum oberen Friedhofteil, zum Sektor IV. Diesem Weg entlang werden fünf Pollerleuchten gestellt. Der Sektor IV erhält durch die Strassenlaternen der Waldheimstrasse genügend Licht."

Daniel Staffelbach: "Wir haben heute in der Diskussion der Interpellation Wyss mehrfach gehört, dass ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung besteht, dass ein erhöhtes Aggressionspotential empfunden und erlebt wird, dass insbesondere auch Jugendliche sich mehr Polizeipräsenz an öffentlichen Orten wie die Rössliwiese wünschen, dass aber beim jetzigen Polizeibestand all diese Bedürfnisse nicht befriedigt werden können. Wir stellen fest, dass im Bereich Kul-

tur, öffentlicher Verkehr, im und um den Friedhof oder bei ähnlichem immer wieder Budgetanträge anstandslos akzeptiert werden.

Wir müssen dringend reagieren und uns hier etwas leisten, was kein Luxus ist, sondern ein Grundbedürfnis der Bevölkerung. Wieviel würde es kosten, die nötigen Mittel, Polizisten und Polizistinnen zu rekrutieren und ausbilden zu lassen, die im Jahr 2001 uns zur Verfügung stehen?"

Stadtrat Hans Christen: Eine Aufstockung des Polizeikorps um 6 Personaleinheiten würde so aussehen, wie wenn die Teilnehmer der zentralschweizerischen Polizeischule des Jahres 2000 rekrutiert werden könnten. Dies beinhaltet Kosten von Fr. 200'000 und 250'000.-- für das Jahr 2000 inkl. Sozialleistungen. Ab 2001 betragen die Kosten jährlich Fr. 700'000.-- bis Fr. 750'000.--.

Abstimmung

über den Antrag von Stadtrat und GPK, die Position 550 314.02 um Fr. 115'000.-- zu erhöhen gegenüber dem Antrag Xaver Ruckli namens der SVP-Fraktion, auf die Friedhofbeleuchtung zu verzichten:

Für den Antrag von Stadtrat und GPK stimmen 20 Ratsmitglieder, für den Antrag Xaver Ruckli namens der SVP-Fraktion stimmen 9 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 20:9 Stimmen dem Antrag von Stadtrat und GPK zugestimmt und gleichzeitig den Antrag Xaver Ruckli namens der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Somit bleibt die Position 550 314.02 unverändert bestehen.

6. SGU-Abteilung

Rudolf Balsiger: Im Verlauf des nächsten Jahres wird vermutlich die Sperrgutgebühr eingeführt. Ist dies im Voranschlag berücksichtigt, wenn ja, wo würde sie zum Tragen kommen?

Werner Golder ersucht, dem Antrag der GPK, Konto 660 318.08, Umwelt- und Sanitätsamt, Projekte, um Fr. 32'000.-- zu reduzieren, nicht zuzustimmen. Es handelt sich hier weder um Beratungen noch um Expertisen und auch nicht um ausserordentliche Dienstleistungen Dritter. Die Kürzung um Fr. 32'000.-- scheint etwas weit her geholt.

Stadtpräsident Christoph Luchsinger verweist bezüglich der Frage Rudolf Balsiger auf Konto 665 364.00, Entsorgung, ZEBA. Die Sperrgutgebühr wird in diesem Jahr noch nicht kostenrelevant, wird aber unter dieser Position ebenfalls zu finden sein.

Stadtrat Eusebius Spescha erklärt sich namens des Stadtrates damit einverstanden, die Position des Jugendbeauftragten mit einem Sternchen zu versehen und dazu eine separate Vorlage zu unterbreiten. Jedoch erklärt sich der Stadtrat mit einer Kürzung des Beitrages für Projekte nicht einverstanden. Der Stadtökologe handelt nach klaren Aufträgen, die er entweder vom Gesetz her oder vom Parlament erhält. Nur wenn ihm die entsprechenden Mittel zugestanden werden, kann er diese Aufträge auch erfüllen.

Daniel Staffelbach: Mit dem neuen Spitalgesetz wurden die Unterstützungszahlungen und Subventionen für die Alters- und Pflegeheime in Gemeindeautonomie übergeben. Dem Sprechenden ist unverständlich, warum zum jetzigen Zeitpunkt die Zahlungen unter der Finanzabteilung, Konto 283 361.01 (Beiträge Gesund-

heitswesen (gebunden), Spitäler Defizitanteil, und nicht bei der SGU-Abteilung enthalten sind.

Stadtpräsident Christoph Luchsinger: Unter der Finanzabteilung sind generell die Beiträge budgetiert, was der gängigen Praxis entspricht und auch Sinn macht. Damit kann zwischen direkten Ausgaben und Beiträgen bestens unterschieden werden. Der stadträtliche Sprecher ersucht, diese Gepflogenheit beizubehalten.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, die 80 %-Stelle des Jugendbeauftragten mit einem Sternchen zu versehen:

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit der GGR den Antrag der GPK, die 80 %Stelle des Jugendbeauftragten mit einem Sternchen zu versehen und hiezu eine eigene Vorlage zu unterbreiten, stillschweigend gutgeheissen hat.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 660 318.08 um Fr. 32'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 19 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 15 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 19:15 Stimmen den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Somit wird Konto 660 318.08, Umwelt- und Sanitätsamt, Projekte, um Fr. 32'000.-- gekürzt und beträgt neu Fr. 50'000.--.

Investitionsrechnung

1. Präsidialabteilung (S. 52)

Keine Wortmeldungen.

2. Finanzabteilung (S. 52 und 53)

Keine Wortmeldungen.

3. Schulabteilung (S. 53 und 54)

Keine Wortmeldungen.

4. Bauabteilung (S. 54 und 55)

Keine Wortmeldungen.

5. Sicherheitsabteilung

Keine Wortmeldungen.

6. SGU-Abteilung

Keine Wortmeldungen.

Weitere Wortmeldungen zum Voranschlag 2000 erfolgen nicht.

Stadtpräsident Christoph Luchsinger informiert über das Schlussresultat des bereinigten Voranschlages unter Berücksichtigung der gutgeheissenen Änderungsanträge und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ein zusätzlicher Steuerrabatt oder eine andere Steuerverteilung das Resultat unbeeinflusst lassen, weil die Differenz aus der Steuerausgleichsreserve entnommen wird. Damit wird der Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung auf Fr. 29'850.-- reduziert. Die Investitionsrechnung bleibt unverändert.

1. Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates und der Kommissionen für einen Steuerrabatt von 5 %:

Für den Antrag des Stadtrates und der Kommissionen stimmen 25 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 25 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag des Stadtrates und der Kommissionen für einen Steuerrabatt von 5 % gutgeheissen hat.

2. Abstimmung

über den Eventualantrag der SGA, anstelle des Steuerrabatts einen Fixabzug von Fr. 480.-- pro natürliche Person (Variante 1) oder Fr. 290.-- pro natürliche und juristische Person (Variante 2) zu gewähren:

Für die Variante 1 (Fixabzug von Fr. 480.-- pro natürliche Person) stimmen 10 Ratsmitglieder, für die Variante 2 (Fixabzug von Fr. 290.-- pro natürliche und juristische Person) stimmen 3 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 10:3 Stimmen der Variante 1 (Fixbetrag von Fr. 480.-- pro natürliche Person) zugestimmt und die Variante 2 abgelehnt hat.

Martin Stuber beantragt, die Abstimmung, ob die Steuerermässigung prozentual oder als Fixbetrag erteilt werden soll, unter Namensnennung durchzuführen.

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass bei 37 anwesenden Ratsmitgliedern hierfür 13 Jastimmen notwendig sind.

3. Abstimmung

über den Antrag Martin Stuber, die Abstimmung über eine prozentuale oder fixe Steuerermässigung unter Namensnennung durchzuführen:

Für die Durchführung der Abstimmung unter Namensnennung stimmen 16 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass mit 16 Jastimmen das nötige Quorum von 13 Jastimmen bei 37 anwesenden Ratsmitgliedern erreicht ist und somit Abstimmung unter Namensnennung beschlossen ist.

4. Abstimmung

über die Gewährung eines Steuerrabattes von 5 % unter Namensaufruf:

Andermatt Philipp:	--
Arnold Martina:	Ja
Aschwanden Urs:	--
Balsiger Rudolf:	Ja
Bucher René:	Ja

Calovic Ivana:	--
Corrodi Rosvita:	Ja
Cotti Patrick:	Nein
Derungs Chris:	Ja
Golder Werner:	Nein
Hager Rainer	--
Heiz Jürg:	Ja
Hettinger Alain	Nein
Jorio-Haag Ruth	Ja
Kündig Peter	Ja
Landtwing Alice	Ja
Laubacher Silvio	Ja
Mathers Monika	Nein
Moos Werner	Ja
Mühlethaler Heinz	Ja
Müller Dolfi	Nein
Müller Elsbeth	Nein
Pfister Bruno:	Ja
Portmann Karin:	Ja
Rohrer Ernst:	Nein
Ruckli Xaver:	Ja
Schmid Ruth:	Nein
Schwerzmann Dominik:	Ja
Siegwart Marc:	Ja
Spillmann Martin:	Ja
Stadler Anita:	Nein
Staffelbach Daniel:	Ja
Stocker Cornelia:	Ja
Straub Ulrich:	Ja
Stuber Martin:	Nein
Ulrich Stefan:	Ja
Uttinger Hans-Beat:	Ja
Wickart Marcel:	Ja
Windlin Georges:	Nein
Wyss Urs B.:	Ja

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 25 Jastimmen dem Antrag des Stadtrates, 5 % Steuerrabatt zu gewähren, zugestimmt hat.

5. Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates für 5 % Rabatt auf einem Steuerfuss von 75 % gegenüber dem Antrag der CVP-Fraktion für eine Senkung des Steuerfusses auf 70 %:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 22 Ratsmitglieder, für den Antrag der CVP-Fraktion stimmen 9 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 22:9 Stimmen den Antrag des Stadtrates für einen Steuerrabatt von 5 % auf einem Steuerfuss von 75 % gutgeheissen und den Antrag der CVP-Fraktion, den Steuerfuss auf 70 % zu senken, abgelehnt hat.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 bis 3 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Rainer Hager erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 26:6 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

Der Beschluss lautet:

BESCHLUSS DES GROSSEN GEMEINDERATES VON ZUG NR. 1197

BETREFFEND VORANSCHLAG 2000

DER GROSSE GEMEINDERAT VON ZUG

in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 1504 vom 9. November 1999,

b e s c h l i e s s t :

1. Die Steuern für das Jahr 2000 werden wie folgt festgesetzt:
 - 1.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuer für juristische Personen mit 75 % abzüglich 5 % Rabatt auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze;

- 1.2 Die Grundstückgewinnsteuer mit 100 % der kantonalen Einheitsansätze;
 - 1.3 Die Personalsteuer mit Fr. 20.-- für jede selbständige steuerpflichtige Person;
 - 1.4 Die Hundesteuer mit Fr. 60.--; für Wachhunde auf Bauernhöfen sowie für Rettungs-, Militär- und Blindenhunde kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
2. Der für das Jahr 2000 aufgestellte Voranschlag wird genehmigt.
 3. Ziffer 1 und 2 dieses Beschlusses treten auf den 1. Januar 2000 in Kraft.

Bezüglich Ziffer 1 dieses Beschlusses bleibt das Referendum gemäss § 6 der Gemeindeordnung vorbehalten.

Dieser Beschluss ist im Amtsblatt zu veröffentlichen und in die Sammlung der Ratsbeschlüsse aufzunehmen.

Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Stadtrat Toni Gügler gibt namens des Stadtrates folgende Erklärung ab: Vor einigen Monaten hat der GGR einen Kredit von Fr. 150'000.-- für die Millenniumsfeier gesprochen. Dieser Kredit wurde aufgeteilt auf Fr. 60'000.-- für Feierlichkeiten am Silvester direkt und auf Fr. 90'000.-- für das Beleuchtungsprojekt. Nach der Sprechung des Kredites wurde die Projektierung des Beleuchtungsprojektes an die Hand genommen. Es wurde ein Lichterweg entwickelt, der vom 25. Dezember 1999 bis am 2. Januar 2000 zu bewundern sein wird. Für diesen sehr attraktiven Lichterweg reicht aber der vorgesehene Kredit von Fr. 90'000.-- nicht aus. Die Projektgruppe hat korrekterweise den Stadtrat darüber informiert und mitgeteilt, dass es möglich sei, diesen Lichterweg zu reduzieren, womit aber natürlich auch die Attraktivität vermindert würde. Der Stadtrat vertritt aber die Auffassung, dass es schade wäre, wegen der Kostenüberschreitung in der Grössenordnung von Fr. 25'000.-- das Projekt einzuschränken. Nachdem diese Überschreitung heute bereits bekannt ist, hat der Stadtrat die Gelegenheit benützt, um den Grossen Gemeinderat darüber zu informieren.

5. Parkplatzreglement
Bestellung einer Spezialkommission

Es liegt vor:
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1519

Ratspräsident Rainer Hager teilt mit, dass das Büro des Grossen Gemeinderates den Antrag auf Bestellung einer Spezialkommission stellt.

Dazu wird das Wort nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit der GGR stillschweigend dem Antrag des Büros auf Bestellung einer Spezialkommission zugestimmt hat.

In der Regel besteht eine Kommission aus 7, ausnahmsweise aus 11 Mitgliedern.

Für Dolfi Müller ist eine Kommissionsgrösse von sieben Mitgliedern unbestritten eine relativ günstige Grösse. Es fällt aber auf, dass dadurch immer wieder zwei Fraktionen von der Kommissionsarbeit ausgeschlossen werden. Für die Zukunft müssten daher Überlegungen angestellt werden, wie diese Situation verbessert werden kann, damit alle Fraktionen angemessen berücksichtigt werden können.

Cornelia Stocker schlägt namens der FDP-Fraktion René Bucher, Jürg Heiz und Ulrich Straub vor.

Peter Kündig schlägt namens der CVP-Fraktion Dominik Schwerzmann und Werner Moos vor.

Hans-Beat Uttinger schlägt namens der SVP-Fraktion Chris Derungs als Mitglied und zugleich auch als Präsident vor.

Elsbeth Müller schlägt namens der SP-Fraktion Ernst Rohrer vor.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass keine weiteren Nominierungen erfolgen und somit die genannten Ratsmitglieder stillschweigend als Mitglieder der Spezialkommission gewählt sind.

Abstimmung

über die Wahl von Chris Derungs als Kommissionspräsident:

Für Chris Derungs als Kommissionspräsident stimmen 30 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass der GGR mit 30 Stimmen Chris Derungs zum Präsidenten der Spezialkommission gewählt hat.

Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

Chris Derungs, Präsident, SVP
René Bucher, FDP
Jürg Heiz, FDP
Ulrich Straub, FDP
Dominik Schwerzmann, CVP
Werner Moos, CVP
Ernst Rohrer SP

6. Sammelvorlage: Abschreibung von weiteren parlamentarischen Vorstössen

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Büros des GGR Nr. 1522

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1522.1

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Rainer Hager stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Cornelia Stocker: "Unter dem Titel Millenniums-Aktion unterstützt die FDP den vom Büro angeregten Entsorgungsversuch. Einige Vorstösse sind tatsächlich nicht mehr von politisch aktueller Natur. Der Ball wäre aber eigentlich beim Stadtrat gelegen. Er hätte selber versuchen können, sich den grösstenteils von seinen Vorgängern geerbten Aufträgen zu entledigen."

An die Adresse des jetzigen Stadtrates darf durchaus positiv erwähnt werden, dass er sich im Grossen und Ganzen innert nützlicher Frist unseren Vorstössen annimmt. Vielleicht auch deshalb, weil das Parlament aufgrund der gemachten Erfahrungen auch dazu gelernt hat, und seinen Vorstössen meistens eine Frist zur Berichterstattung setzt. Erledigt sich durch liegen lassen, können wir auch in Zukunft nicht goutieren."

Anita Stadler: "Im ersten Augenblick erscheint das Vorhaben, uralte oder nicht mehr aktuelle parlamentarische Vorstösse zur freiwilligen Abschreibung vorzulegen, nicht schlecht. Bei genauerem Hinschauen gibt es dann aber doch Bedenken. Bedenken, dass unangenehme Vorstösse vor sich her geschoben werden. Dass bei Erledigung eines Geschäftes wie beispielsweise die Motion Metall-Passage, vom Stadtrat nicht daran gedacht wird, die Motion zur Abschreibung vorzulegen. Es ist uns allen klar, dass der jetzige Stadtrat nicht für all das Liegengebliebene verantwortlich gemacht werden kann. Trotzdem glaube ich, dass eine solche Aktion nicht ein zweitesmal stattfinden darf. Gleichzeitig sollten die Fraktionen aber auch selbst die Vorstösse besser in Gedanken haben. Nachhaken wäre oft mehr. Wenn die Pendenzenliste jetzt durch die Abschreibung kürzer wird, hoffen wir, dass die Bearbeitung der verbleibenden Anträge um so zügiger vorangeht."

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 und 2 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Rainer Hager erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 31:0 Stimmen dem Antrag des Büros zu.

Der Beschluss lautet:

BESCHLUSS DES GROSSEN GEMEINDERATES VON ZUG NR. 1198

BETREFFEND ABSCHREIBUNG VON WEITEREN PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSEN

DER GROSSE GEMEINDERAT VON ZUG

in Kenntnis von Bericht und Antrag des Büros des Grossen Gemeinderates Nr. 1522 vom 18. November 1999 und der Stellungnahme des Stadtrates vom 23. November 1999

b e s c h l i e s s t :

1. Die nachfolgenden Vorstösse werden als erledigt von der Geschäftsliste abgeschrieben:

Motionen:

- | | | |
|---------|----------|---|
| 1.1 FDP | 04.07.89 | Städtische Kulturkommission |
| | 12.05.92 | Förderung des Wohneigentums |
| | 26.01.93 | Benützung von Turnhallen |
| | 05.07.94 | Baulinienplan Guggiweg/Rothusweg |
| 1.2 CVP | 19.02.91 | Schaffung eines Rahmenkredites für den Erwerb von Grundstücken |
| | 10.12.91 | Konzept zur Realisierung von Vereinsräumlichkeiten |
| | 05.07.94 | Baulinienplan Guggiweg/Rothusweg |
| | 05.07.94 | Revision des städtischen Strassenreglementes vom 23.3.1935 |
| 1.3 SP | 06.05.86 | Verkehrsberuhigende Massnahmen Steinhauserstrasse/Riedmattstrasse |
| | 28.05.91 | Energie 2000: Stabilisierung Energieverbrauch |
| 1.4 BPK | 13.06.95 | Metalli Passage vor dem SBG-Gebäude |

Postulate:

- | | | |
|---------|----------|---|
| 2.1 FDP | 19.09.88 | Schaffung eines Kultur- und Umweltschutzpreises in der Stadt Zug |
| | 19.02.91 | Projektierung eines Mehrfach-Kinos im Raum Bahnhof/Dammstrasse |
| 2.2 CVP | 18.04.70 | Abänderung des städtischen Baugesetzes in Bezug auf Beiträge an Quartierstrasse |
| | 22.08.89 | Demokratische Verhältnisse in Zug |
| | 28.05.91 | Nutzung des alten Kunsthauses als Vereinshaus |
| 2.3 SP | 03.12.85 | Nutzung "Pfauen/Schwerzmannhaus" |
| | 22.03.88 | Kulturbeiz im alten Kunsthaus |

2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Ratspräsident Rainer Hager wünscht zum Schluss der letzten Sitzung in diesem Jahrtausend allen Anwesenden und ihren Angehörigen frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Millennium.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 1. Februar 2000, 17.00 Uhr

Für das Protokoll:

Albert Rüttimann,
Stadtschreiber